



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

337 (26.7.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204608](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204608)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 1. — ausw. Nr. 10. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Geseh. u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Die Erklärung der bayerischen Regierung

#### Das Reich und Bayern.

Eine amtliche Erklärung zur Lage.

WB. Berlin, 26. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, sowie die Verordnung der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit welcher sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister besonderer Wert gelegt wird, ehe endgültige Entscheidungen getroffen werden. Die Mitglieder der Reichsregierung werden voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages alle in Berlin eintreffen. Reichsernährungsminister Fehr hat bereits an der heutigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen, während Reichswehrminister Götter noch erwartet wird. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und Rechte des Reiches zu wahren wissen.

Berlin, 26. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Heute nachmittag tritt der 8. Reichstags-Ausschuß, der sogenannte ständige Überwachungsausschuß, der das Plenum während der Ferien zu vertreten hat, zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Besoldungsfrage. Es ist aber wohl anzunehmen, daß auch die durch die Entwicklung der Dinge in Bayern geschaffene politische Lage besprochen werden wird. Die Sozialdemokraten aller Schattierungen drängen auf Einberufung des Reichstags, damit dieser die Ungültigkeit der bayerischen Regierungsgesetze und die Einberufung des Reichstags ist auch schon im Kabinett angeregt worden. Man hat den Gedanken aber gleich wieder fallen lassen. Wir haben Grund anzunehmen, daß Reichstagskomplex und Reichskabinetts sich auch jetzt wieder nicht mit ihm befassen werden. Vermutlich wird man die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen. Aber nicht auf das Reichshaus kommt es an, sondern darauf, einen schiedlichen und friedlichen Ausweg zu finden. Das ist, soviel mir bisher feststellen konnten, auch die Auffassung hiesiger maßgebender Stellen.

#### Vertrauensvotum für Lerchenfeld.

§ München, 25. Juli.

Die Vollziehung des bayerischen Landtages, in der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld eine Erklärung der Staatsregierung abgegeben wollte, trug schon äußerlich das Gepräge eines großen Tages. Vor dem Landtagsgebäude und dem Hause selbst waren scharfe Absperrungen und Kontrollmaßnahmen durchgeführt. Die Tribünen waren schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Auch das Haus selbst war sehr stark besetzt. Am Hause und auf den Tribünen spiegelte sich eine Spannung wieder, die seit den Tagen der Bayerkrise im September des vorigen Jahres nicht mehr zu beobachten war. Mit fast einhundertjähriger Verspätung eröffnete Präsident Königbauer um 4 1/2 Uhr die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

#### Ministerpräsident Graf Lerchenfeld

Seine Rede mit einer nochmaligen scharfen Beurteilung des Wochens an Minister Dr. Rathenau ein. Er führte dann aus: Die bayerische Regierung war von Anfang an mit der Reichsregierung in der Beurteilung der Lage und in dem Bemühen, Abhilfe zu suchen, einig. Die bayerische Regierung kam aber im Gegensatz zu der Reichsregierung zu der Erkenntnis, daß nur eine mittlere Linie der Politik verständig und heilsam wirken könne. Leider ist diese Linie in Berlin vom ersten Augenblick an nicht eingehalten worden. Über den Schutze der verfassungsmäßigen Staatsform und die Abwehr verwerflicher Taten hinaus, hielten einzelne Parteien die Gelegenheit für gekommen, um ihre parteipolitischen Ziele zu verwirklichen. Die Maßnahmen erhielten einen Ausnahmeharakter. Sie nahen die Richtung auf eine Kaiserherrschaft und auf einen über alle verfassungsmäßig versicherten Hoheitsrechte der Länder rückwärtslos hinwegsetzenden sozialistischen Einheitsstaat an. Die bayerische Regierung erschrökte alle verfassungsmäßigen Mittel, um die von der Reichsregierung vorgelegten Gelegenheitswörter dieses Charakters zu entziehen. Sie verzichtete nicht, daß im Laufe der Verhandlungen die fraglichen Gesetze nicht unerhebliche Verbesserungen erfahren haben. Neben aber ist namentlich in dem Gesetze zum Schutze der Republik der Staatsgerichtshof mit der Befugnis von drei Berufs- und sechs Laienrichtern, die sämtlich dem Reichspräsidenten ernannt werden, geschaffen. Die bayerische Staatsregierung sieht darin nach wie vor ein durch nichts begründetes Mißtrauen gegen unsere ordentlichen Beamten. Das Reichsbeamtengesetz berührt die bayerischen Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, in der Tat aber, daß im Reich gerade auf einem politisch so wichtigen Gebiete verschiedene Beamtenrechte gelten, liegt ohne Zweifel eine Gefahr für die Landesverwaltung. Beständig des Reichs-Kriminal-Gesetzes ist die bayerische Regierung der Auffassung, daß mit diesem Gesetze die Art an der Freiheitsrechte der Länder verletzt wird. Sie war bereit, im Wege einer freiwilligen Vereinbarung der Länder untereinander die Lücken auszufüllen. Dieser Weg wurde aber von der Reichsregierung nicht angenommen. Der Ministerpräsident streifte dann den Fall Bepprecht und führte aus: Die bayerische Regierung erblickt in dem gegen den Landesbeamten erfolgten Eingriff in die Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder eine Verletzung der Verfassung, die mit dem Sinne und der Struktur der Reichsverfassung im Widerspruch steht. Gegen diese Verletzung Bayerns durch das Reich protestiert die bayerische Regierung auf das entschiedenste. Sie wird daher, daß der Verfassungsschutz energisch und loyal ausgeübt werden. Der Wunsch, daß sie sich hinter Mittelwörter stellt, wird sie nicht weichen lassen. Der Grund, daß sich die Abwehr auf das unbedingt notwendige Maß beschränken mußte, hat auch dazu geführt, den Gesamtbereich der Verordnungen auf das rechtsrheinische Bayern zu beschränken. Die Pfalz bleibt also unberührt und ich muß hier der Erwartung Ausdruck geben, daß diese, wie überhaupt die ganze Aufhebung der bayerischen Regierung von allen pfälzischen Politikern an-

erkannt wird. Die Pfalz bedarf in diesen Zeiten der Gefahr eines doppelten Zusammenstoßes mit dem Reichsgesetz, also der Verankerung mit dem Reich durch Bayern. Nur in einem Falle würde ich begreifen, daß die Pfalz bei ihrer besonders ausgeprägten Reichstreue trotz der 700jährigen geschichtlichen Zusammenhänge an Bayern irre werden könnte, wenn sie eine separatistische Politik verfolgte. Solange dies aber nicht der Fall ist und in Bayern der Grundgedanke gilt:

#### Bayern im Reiche und für das Reich!

solange wäre eine pfälzische Sonderpolitik ein vermessenes Spiel, das nur dritten zum Vorteil gereichen würde. Obwohl ich gerade heute jede Bolemit mit einer bestimmten Partei vermeiden möchte, bin ich doch gezwungen, auf einzelne Erscheinungen der letzten Wochen in der Pfalz zurückzukommen, nämlich auf die Drohung einzelner mehrheitssozialistischer Politiker mit der Aufhebung der Pfalzfrage.

#### Die Aufhebung der Pfalzfrage

würde nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht nur die Pfalz, sondern das ganze Rheingebiet bedrohen.

Die letzte Regierung ist unter den Zeichen der Verschönerung mit Berlin ins Amt getreten. Niemand wird mir das Zeugnis verweigern, daß sie richtig bemerkt war, jede persönliche Schärfe zu meiden. Hätte man dies bei den dem Rathenau-Morde folgenden Ereignissen in Berlin beachtet — leider war der Herr Reichspräsident in diesen Tagen erkrankt —, so hätte die bayerische Regierung heute nicht vor der Notwendigkeit der Abwehr. Zu unserem Leidwesen hat der von der Regierung beschlossene Schritt das Ausschneiden der Demokratischen Partei aus der Regierungskoalition zur Folge gehabt. Wir vermissen dadurch einen wertvollen Bestandteil in der Regierung. Ich habe meinem bisherigen Kollegen, dem Handelsminister Hamann, der keine ausgezeichneten Dienste durch zwei Ministerien unserem Vaterlande mit bestem Erfolge gewidmet hat, den Dank des Gesamtministeriums ausgesprochen. Ich tue dies nochmals an dieser Stelle. Wenn einmal das Gericht der Geschichte über die Tage vorurteilsfrei erkennen wird, so wird sie zu dem Schluß kommen, daß Bayern nach gewissenhaftem und pflichtgemäßem Ermessen für den Geist seiner demokratischen Verfassung und für das Wohl des Ganzen eingetreten ist. Der Minister stellte dann die Vertrauensfrage.

Die Rede des Ministerpräsidenten, die am Anfang unter lauter Beifall des Hauses angehört wurde, löste in ihrem weiteren Verlauf stürmische förmliche Kundgebungen von der Linken Seite des Hauses aus. Die Koalition und die Mittelpartei nahmen die Schlüsselwörter des Ministerpräsidenten mit Beifall auf.

Von der Fraktion der Bayerischen Volkspartei war mittlerweile ein Antrag eingeleitet, der die Haltung der Staatsregierung zu den Gesetzen zum Schutze der Republik billigt und ihr das Vertrauen des Landtags auspricht. Zu diesem Antrage gaben sämtliche Fraktionen kurze gebundene Erklärungen ab.

#### Abg. Heß.

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, erklärte als erster Redner etwas erregt, daß sich seine Partei hinter die Regierung stelle, ihr für ihr entschlossenes Eintreten für die bayerische Staatshoheit dankt und ihr das Vertrauen und die Unterstützung zusichert. Mit aller Entschiedenheit betonte der Redner, daß seine Partei es nicht zuläßt, daß ihre Treue zum Reiche angezweifelt würde. Mit Entschiedenheit sei auch der Gedanke einer Unterstützung monarchistischer Bestrebungen zurückzuweisen. Auch in Berlin müßte der Gedanke siegen, der dem Reiche gebe, was des Reiches ist.

#### Abg. Timm.

Der sozialdemokratische Redner, gab die Erklärung ab, daß die Verordnung der Staatsregierung einen Treubruch gegenüber dem Reiche und eine Verfassungsverletzung darstelle, die ohne Beispiel in der Geschichte seien. Die bayerische Regierung habe sich damit außerhalb der Gesetze gestellt. Die sozialdemokratische Partei lehne es ab, mit dieser Regierung und der sie schützenden Koalition in eine Erörterung im Landtage über die Verordnungen einzutreten. Die Entscheidung liege bei dem Reichstage, der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten. Den Vertrauensbruch lehne seine Partei ab.

Nachdem der Führer der Bayerischen Mittelpartei, Abg. Alpert, der Regierung die Unterstützung seiner Partei zugesichert hatte, bezeichnete der unabhängige Sprecher, Abg. Nicksch, die bayerische Sonderverordnung als einen unverhüllten Verfassungsbruch. Einen Vertrauensantrag lehnte auch dieser Redner ab.

#### Abg. Dr. Dür.

Der Führer der Demokraten, bezog sich auf die gestrige Kundgebung der Demokratischen Partei, erinnerte besonders an die wirksame Mitwirkung seiner Partei und des Handelsministers zur Verbesserung der Schutzgesetze. Das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung könne seine Partei als verfassungswidrig nicht billigen. Sie werde daher gegen das Vertrauensvotum stimmen.

#### Eine Erklärung der D. V. P. in der Pfalz.

Als sich der Redner des Bauernbundes für, der kommunistische Redner gegen die Haltung der Staatsregierung ausgesprochen hatte, gab der pfälzische Abgeordnete Burger (DVP, der Pfalz) für den pfälz. Abgeordneten Gollwitzer und sich selbst eine Erklärung ab, die größtes Erstaunen auslöste, da sich die beiden Abgeordneten nicht auf den Boden der Entschiedenheit der Partei des rechtsrheinischen Bayerns stellten. Er führte aus: Eine bayerische Verordnung ist zum erstenmal erschienen, die einen Unterschied macht in der Behandlung des rechtsrheinischen Bayerns und der Pfalz. Wir verstehen und würdigen die Stimmung in Bayern, bedauern aufs tiefste mit allen Freunden der Reichseinheit, daß an den wichtigsten Stellen des Reiches innerer Laiz und jene kluge Staatskunst fehlen, die beide das Reich geschaffen haben. Wenn unsere Väter in der Zeit jahrzehntelangen Ringens unter Überwindung der aus der Geschichte bekannten deutschen Vorleide zum Bruderkampf uns das Reich geschaffen haben, dann ist es Pflicht unserer Generation, das kostbare Gut zu erhalten.

Wir von der Deutschen Volkspartei der Pfalz sind fest gewillt, Bayern in der Wahrung seiner verfassungsmäßigen Rechte auf jedem Wege zu unterstützen und uns mit allen Kräften für die Erhaltung des staatsrechtlichen Zusammenhangs zwischen Pfalz und Bayern einzusetzen.

#### Annahme des Vertrauensvotums.

In einfacher Abstimmung wurde darauf das Vertrauensvotum mit den Stimmen der Mittelpartei, der Bayerischen Volkspartei und des Bauernbundes gegen die Stimmen der Demokraten und der sozialistischen Parteien bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei der Pfalz angenommen.

#### Die Pfalz und die Notverordnung.

§ München, 26. Juli. Die „Bayerische Staatszeitung“ nimmt heute amtlich dazu Stellung, daß durch die Notverordnung zum Schutze der Verfassung der Republik eine Sonderregelung nur für das rechtsrheinische Bayern mit Ausnahme der Pfalz getroffen wurde. Die amtliche Erklärung sagt: Es wäre ganz verfehlt, wenn man daraus folgern wollte, das bayerische Gesamtministerium wolle damit einen Trennungsstrich zur Pfalz ziehen oder „die Pfalz preisgeben“. Die bayerische Regierung kennt die Rolle der bayerischen Pfalz nur zu gut, — so läßt die Erklärung fort —; sie weiß, wie die treu deutsche und treu bayerische Bevölkerung der Pfalz unter der fremden Besatzung leidet; sie weiß, daß die jüngst erlassenen Ausnahme Gesetze des Reiches von weiten Kreisen der bayerisch-pfälzischen Bevölkerung nicht weniger als unerträglich empfunden und unbedingt abgelehnt werden. Die bayerische Regierung habe sich bei dieser Überbrückung auf das notwendige beschränken wollen und nicht übersehen können, daß die Gefährdung der Ruhe und Ordnung die Voraussetzung zur Anwendung des Artikels 48 in der Pfalz bei der dortigen Kirchhofstraße nicht in gleicher Weise wie im rechtsrheinischen Bayern zu befürchten sei. Gerade im Interesse der Erhaltung der Zugänglichkeit der Pfalz zu Bayern habe sie bei ihrem Vorgehen den allergrößten Wert darauf gelegt, daß sie sich streng auf dem Boden der Verfassung halte. Die Bundesregierung konnte für ihr Gebiet nur bei Gefahr im Verzuge alle notwendigen Maßnahmen treffen. Doch auch in der Pfalz Gefahr im Verzuge sei, wenn das Reichsgesetz zum Schutze der Republik dort eingeführt und wenn der Staatsgerichtshof auch gegen die Pfälzer Bevölkerung tätig werde, könne mit Rücksicht auf die besonders gelagerten Verhältnisse in der Pfalz unter der Besatzung nicht ohne weiteres angenommen werden. Aus diesem Grunde und nur aus diesem habe die bayerische Regierung im gegenwärtigen Augenblick davon abgesehen, auch für die Pfalz eine Sonderregelung zu treffen.

#### Berliner Pressestimmen.

Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Post“ schreibt zu der gestrigen Rede Lerchenfelds im bayerischen Landtag: Der bayerische Ministerpräsident hat das nicht geringe persönliche Vertrauen, das ihm außerhalb Bayerns in weiten Kreisen entgegengebracht wurde, für eine Sache eingesetzt, deren staatsrechtliche und politische Unhaltbarkeit ein Staatsmann von seiner Schulung auf außen- und innenpolitischem Gebiete unmöglich übersehen kann. Der gestrige Tag bedeute den Anfang vom Ende, auch des Grafen Lerchenfeld. Das Vertrauensvotum verpflichtet ihn, eine Sache auszufechten, deren Sieg und Niederlage gleich verhängnisvoll für ihn werden müssen. Er hat sich in eine Lage bringen lassen, in der er nicht kann, wie er will.

Das „Berliner Tageblatt“ betont, alle Ausführungen Lerchenfelds könnten den zehnjährigen partikularen Standpunkt von dem Kampfe Bayerns, der seit Jahr und Tag gegen das Reich aussucht, nicht verhüllen. War heute Bayern, seine morgen Lippe oder Anhalt für sich beanspruchen. Das muß letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch negieren. Das Reich hat also die Verpflichtung, derartigen Extratouren einzelner Länder mit allen aus der Reichsverfassung entspringenden Mitteln entgegenzutreten.

Der „Vorwärts“ sagt, daß der gestrige Abstimmungsbesitz Lerchenfelds nichts anderes bedeutet als die Wiedereröffnung des Reichsgesetzes in Lerchenfeldscher Umschichtung. Das Blatt glaubt über die Auffassung, die in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts zum Ausdruck kam, mitteilen zu können, daß an überflüssige Maßnahmen, wie eine Annaprhakampagne der Reichsregierung nicht gedacht werde. Der verfassungsmäßige Schritt Bayerns solle zunächst mit verfassungsrechtlichen Maßnahmen beantwortet werden und zwar werde dem Blatt zufolge man sich zunächst für die Anrufung des Reichsgerichts laut Artikel 13 der Reichsverfassung entscheiden.

#### Eine gefährliche Geheimorganisation.

WB. Altona, 25. Juli. Wie der Polizeipräsident Altonas mitteilt, ist der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer Geheimorganisation gelungen. Bis jetzt wurden zwei Personen verhaftet. Die Akten wurden durch den Oberstaatsanwalt von Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben. Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war es aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hasen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Befehl des Rittmeisters Raben nach Altona gekommen zu sein. Die Russen wurden inzwischen ausgewiesen. Raben war im Baltikum Adjutant des Fürsten Kwozloff-Bermanbi, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entsprochen mit der Unterbringung der Russen in hiesigen Arbeitsstellen dem Wunsch des Fürsten, Raben unterhält und leitet die Geheimorganisation namens „Rückende Hand“, die aus früheren Angehörigen seines Freikorps besteht. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten des Bureaus, in welchen u. a. gesagt ist, es sei Hauptaufgabe des Bureaus die deutsche Republik zu stützen und die Monarchie zu errichten. Raben war am Rappahäus aktiv beteiligt, gehörte dann der Brigade Ehrhardt an, entfloh nach Ungarn, kehrte nach der Amnestierung zurück und war dann zunächst in der Ortschaft und hierauf im oberhessischen Grenzschutz tätig.

§ Berlin, 26. Juli. (Von unfr. Berl. Büro.) Heber die von der Altonaer Polizei aufgedeckte russische Geheimorganisation werden der Botschaften Zeitung über Hamburg noch einige Einzelheiten gemeldet: Der in dem Botschaftsgramm genannte Rittmeister Raben hat sich darnach nicht nur auf Bestrebungen zum Schutze der gegenwärtigen russischen Regierung beschränkt, er hat auch mit einem Diktator Zimmermann und einem Arbeiter Krause, die beide aus Leipzig sind, in Verbindung gestanden, und in ihren Wohnungen eine Art Versammlungsort für eine geheime Verbindung errichtet. Bei der Durchsuchung der Wohnung wurden Briefe an frühere Freikorpsmitglieder vorgefunden. Die Adressaten werden darin zur Werbung um Reuten aufgefordert, die die „richtige Organisation“ haben und zu Putzchen bereit sind. Geradezu groteske Formen nimmt die Hehe und der politische Laizismus in dem bei dem Rittm. Raben vorgefundenen Statut eines Bureaus. „Die rückende Hand“ an, da heißt es, dieser Geheimbund hätte den Zweck, alles Unrecht auf Erden zu verbannen, die Verbrechen zu verhüten oder zu bestrafen und jede Willkürherrschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen. Als Hauptaufgabe wird bezeichnet, die deutsche Republik zu stützen, an ihrer Stelle eine Monarchie zu errichten, einen rein deutschen Fürsten, frei von fremder Blutsbildung einzusetzen, das Judentum zu stützen und die deutschen Lande wieder frei zu machen. In dieser Tonart geht es weiter. Sollte, so heißt es, ein Mitglied in Gefangenschaft geraten, so ist es Pflicht der Vereinigung mit allen jedes einzelnen Mitgliedes mit allen Mitteln durch List oder Gewalt es zu befreien.



### Der Sinn der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Von Richard Bahr.

Der Zusammenstoß der verfassungstreuen bürgerlichen Parteien der Mitte hat nicht überall freundlich ermunternde Urteile, nicht einmal durchweg sympathische Voreingenommenheit geweckt. Von der sozialistischen Kritik, die neuerdings wieder ganz in Holzschmittmanier arbeitet, kann dabei füglich abgesehen werden. „Rischmajch“, „Ordnungsbret“, „Wieder-aufnahme der bürgerlichen Sammlungspolitik“: man braucht die Schlagworte für die nun in ganz breitem Rahmen bei Reichsteilern wie Unabhängigen anhebende Einigungsaktion und man drückt sie gar nicht unperplex den Dugendrednern in die Hand. Aber auch bei den Parteien der Mitte ist mancher, offene oder versteckte Widerspruch laut geworden. Den Leuten draußen im Lande ist der Gedanke zu neu, ist er vielfach zu plötzlich und zu unerwartet gekommen. Man hat sich zu lange gerauft und um Kleinigkeiten zerstritten, als daß nun von heute zu morgen das alles ausgelöscht sein könnte. Zudem gibt es in allen Mittelparteien, zumal bei Demokratie und Volkspartei, Grenzbezirke, deren Hülse Reigungen, bewußt oder unbewußt, ins Nachbarland zu Deutschnationalen oder Sozialdemokraten herüberwandern. Anderswo wieder, in der evangelischen Diaspora, erinnert man sich, daß man ein paar Renegaten hindurch mit der katholischen Mehrheit der Bevölkerung, oder wenigstens der im Zentrum organisierten, in Fehde lag. Und wenn die Woffen auch, Gottlob, seit Jahren ruhen, die Tradition hält die Gemüter noch in ihrem Bann. Das alles sind Hemmnisse, natürlich und verständlich zu ihrem Teil, die zu vorsichtiger und schrittweisem Vorgehen zwingen. Dennoch bleibt der Gedanke der Zusammenfassung der bürgerlichen Mitte der vernünftigste, der seit langem innenpolitisch in Deutschland gemacht worden ist. Er zeigt, daß man allmählich doch auch bei uns Politik zu machen lernt. Daß man von der Herrschaft des Schlagworts, der vorgefaßten Meinungen und abgegriffenen Werturteile losläßt sich abblökt und anfängt, die Erfahrung als Lehrmeisterin sich dienen zu lassen.

In unserem Falle: eine recht schmerzliche Erfahrung. Wie froh, wie tief innerlich bewegt waren wir alle miteinander gewesen, als in der unseligen Stunde, die den Weltkrieg einleitete, die Sozialdemokraten in Reich und Glied mit den anderen Volksgenossen sich einordneten. Das war, von kleinen Schwankungen und der Abspaltung der Unabhängigen abgesehen, 4 Jahre lang so geblieben. Der Arbeiter war wirklich (andere waren es natürlich auch) des Vaterlandes „treuester Sohn“. blieb es auch, wenigstens in seiner mehrheitssozialistischen Fassung, in den ersten Sturmzeiten nach dem Zusammenbruch. Noch und noch hat leider sich das gewandelt. Seit auch in der deutschen Revolution die Konstituante von der Legislative abgelöst wurde, ist die Rückkehr der Mehrheitssozialdemokratie zu den früheren Heiligstätten, die wir alle schon verbannt wählten, ganz deutlich wahrzunehmen. Die alte Klassenkampfidee, unsinnig vom Standpunkt der Demokratie und in ihren letzten Konsequenzen schlechthin staatsauflösend, rückt wieder in den Vordergrund und ein ungebändigter Rachedurst kommt auf mit dem Ziel, die Andersmeinenden im besten Falle ins Verlöbtenverhältnis zu zwingen. Das ist nicht so zu verstehen, daß es nicht auch noch im sozialistischen Bereich ruhige und besonnene Männer gäbe. Auch diese rückläufige Bewegung vollzieht sich, wie alle menschliche Entwicklung, nicht in schnurgerader Linie: auf Wellenberg folgt Wellental. Görlich war ein solcher Wellenberg und die Koalition mit der Volkspartei in Preußen war es auch. Wenn man mit den Einzelnen spricht, stößt man sogar meistens, besonders, wo es sich um sächsisch-Sozialisten handelt, auf verständige, nüchterne, jedem Uebersehman abhohe Urteile. Aber wer unter 4 Augen, in perschwiegener Kammer, verständig ist, ist es nicht immer auch in der Masse. Die Summe der einzelnen Intelligenzen ergibt bekanntermaßen kein Mehr, ergibt in der Regel sogar ein erhebliches Minus. Heumungslos, von den Führern vielfach noch geführt und gefördert, war im Wechsel von Winter und Sommer der Radikalismus gewachsen. Bis nach der Ermordung Rathenaus die Gewerkschaften riesen und alle, alle kamen und nun alles, was so oder so sich zum Sozialismus bekannte, zusammenschließen schon zu einer von ungezügelter Trieben bewegten Masse.

Seither sind, weil die Kommunisten gar zu ungestüm wurden, dann wieder leise Trennungstriebe gezogen worden. Den Stempel dieser letzten Wochen haben sie nicht verhindern können. Man soll aussprechen was ist: es war ein abstoßendes und würdeloses Schauspiel, daß die Sozialdemokraten Tag aus, Tag ein neue kritische Situationen schufen, daß wir fast einen Monat lang aus der Angst vor der Reichstagsauflösung nicht herauskamen, nur weil ihr die Nase der Deutschen Volkspartei nicht paßte. Derselbe Deutsche Volkspartei, mit der sie in Preußen doch länger schon als ein halbes Jahr nützliche und ersprießliche Arbeit leisteten, mit deren Vertrauensmännern im Kabinett so eigenwillige und ausgeprägte Persönlichkeiten wie die Herren Braun und Severing durchaus reibungslos zusammenwirkten. Schier widerspruchslos, mit einer hänglichen Demut, die einem Jammern konnte, hat die deutsche Öffentlichkeit dies Theater sich vormachen lassen. Im Parlament aber hat man dervell gehandelt. Denn das ist schließlich der eigentliche Sinn dieser Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen bürgerlichen Mitte: es soll in Zukunft keine Regierungsbildung im Reich möglich sein, bei der nicht auch die Schichten, die hinter der deutschen Volkspartei stehen, sich und Stimme im Kabinett haben. Man beginnt ganz allgemein den Auffassungen Adam Stegerwalds zuzuneigen, der gerade als Ministerpräsident a. D. im Zentrum ein sehr mächtiger Mann geworden ist, daß es der Sozialdemokratie noch immer an staatenbildender Kraft gebricht. Man hat ihr in diesen Wochen, wo sie unbekümmert um alle von draußen drohenden Räte nur ihren innerpolitischen Kinsitäten und Bündnisplänen nachgeleitet hat, zu tief in die Karten gesehen. Man glaubt auch nicht an die utopisch-sozialistische Lehre der rassistischen Toleranz, die sich von Uboots- zu Ufoschwärmern entwickelten, daß die Vereinigung der beiden sozialistischen Gruppen eine Entzweiigung der Unabhängigen bedeuten müßte. Und kurz und gut: man möchte nicht, daß das Steuerruder des ohnehin schwankenden und leeren Reichsschiffs einer Regierung ausgeliefert wird, in der neben den auf eine kompakte Mehrheit von 180 Köpfen gestützten sozialistischen Ministern ihre paar bürgerlichen Kollegen nur dürftige, jederzeit überstimmte Figuren bleiben.

Also doch „Bürgerbund“? Von Demokraten, Zentrum und Volksparteilern — und sie sind sicher dabei ganz eifrig gewesen — ist der Gedanke abgewiesen worden. Schon der kommende Winter kann uns vor schwere Entscheidungen stellen, die nicht zu übersehen wären, wenn nicht Bürgertum und

Arbeitsgemeinschaft, bürgerliche und sozialistische Arbeitsgemeinschaft sich zusammenfänden. Nimmermehr: man soll sich an Vorkabeln nicht stoßen und vor Vorkabeln nicht zurückweichen. Es war eine Sonntagsidee aus den Anfängen der Republik, daß die Klüft zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft ohne weiteres sich überbrücken ließe. Sie ist, schon weil die Sozialdemokratie es nicht wollte, bisher nicht überbrückt worden. Sie wird auch sobald kaum sich schließen. Es scheint mir keine Schande, für die Interessen des deutschen Bürgertums sich einzusetzen. Wer das tut, kämpft zugleich für sehr wertvolle Befähiger deutscher Kultur.

Wie wir schon gestern kurz meldeten, ist dem Gedanken, die verfassungstreue Mitte zu einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen, in der „Frankfurter Zeitung“ ein heftig auftretender Gegner entstanden. Und man muß beklagen, daß die „Frankfurter Zeitung“ so weit nach Süden alsbald in das gleiche Horn tönen werden. Die Gründe sind durchsichtig genug und mit einem Worte zu erschöpfen: Parteigleichheit. Die „Frankf. Zeitung“ sagt es sogar ziemlich unumwunden: „Preisgabe der Demokratischen Partei“. Es muß schlimm stehen um eine Partei, die von einer tatsächlichen Arbeitsgemeinschaft, die niemals eine Gesinnungsgemeinschaft sein soll oder kann, eine „Preisgabe der Partei“ befürchten zu müssen glaubt. Das kann doch eigentlich nur eine Partei, die das Vertrauen zu sich selbst verloren hat, so unumwunden eingestehen. Nun ist ja die Frankfurter Zeitung und der Frankfurter Ortsverein nicht die demokratische Partei und wenn die Herren in Frankfurt den „von der Reichstagsfraktion eingeschlagenen Weg für einen verhängnisvollen Irrweg halten“, so braucht sich die demokratische Reichstagsfraktion weder darüber grämen noch darum kümmern. Aber es ist bezeichnend, daß die Frankfurter Zeitung sich die Argumentation der Linken zu eigen macht, die auch in der Entschlebung des Ortsvereins enthalten ist, wonach die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft „die Klassencheidung der alten Zeit“ neu belebe und die „Zusammenarbeit aller auf republikanischem Boden stehenden Parteien“ fordere. Die Stellungnahme der beteiligten Parteien ist so unumwunden klar vor und bei der Anhörung der Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, daß im Grunde mit dieser besonders unterstrichenen Forderung nichts anderes gemeint sein kann, als eine Verdächtigung der anderen Parteien, in erster Linie natürlich der Deutschen Volkspartei, als ob sie nicht gewillt sei, auf der Grundlage der gegenwärtigen republikanischen Staatsform mitzuarbeiten. Man darf gespannt sein, wie diese querzweckliche Tätigkeit der Frankfurter Demokraten ausfallen wird. Heute veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ einen Aufsatz Prof. Schäfers, der eine entgegengesetzte Auffassung vertritt, darnach soll der Abg. Erlenz zu Worte kommen und zuletzt will sich die Redaktion mit Schlußung auseinandersetzen.

### Der Wille zur Mitarbeit in der D. V. P.

□ Berlin, 26. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der 25. Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei hielt in Eberswalde einen stark besuchten Parteitag ab. Abgeordneter Dr. Stresemann sprach über die politische Lage. Er erklärte, daß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall politische Arbeit auf dem Boden der heutigen Staatsform leisten wolle. Die Partei habe den Schuttschutz zugestimmt, nachdem diesen der Charakter von Ausnahmemaßnahmen genommen worden sei. Ueber das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen sagte Dr. Stresemann, daß es solange geträubt bleiben werde, bis die Deutschnationale Partei ihre Reihen geläubert habe u. den alten Grundfah: Opposition auf jeden Fall, aufgegeben habe. Herzliche Worte fand der Redner dann zum Schluß für die Bewohner der besetzten Gebiete. Ihr Schicksal zu bessern werde stets das Ziel der Deutschen Volkspartei sein. Eine einstimmig angenommene Entschlebung lautet: „Der aus allen Teilen des 25. Wahlkreises zusammengekommene Vertretertag billigt die zielklare Politik wie sie die Reichstags- und Landtagsfraktionen in diesen schweren Zeiten verfolgt haben und wie sie besonders in der Entschlebung des Reichstagswahlkreises vom 2. Juli ausgesprochen worden ist. Er spricht dem Führer der Partei, Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, sein uneingeschränktes Vertrauen aus.“

### Der Aufruf der Zentrumspartei.

Der Aufruf des Reichsparteivorstandes des Zentrums an die Mitglieder wirft ein bezeichnendes Licht auf einen Umwandlungsprozeß, den diese Partei jetzt durchmacht. Man kann unter Hervorhebung eines persönlichen Gegenstandes diesen Vorgang so kennzeichnen, daß die Richtung des Abgeordneten Stegerwald mehr und mehr der Richtung des Herrn Dr. Wirth und seines Vorgängers in der Zentrumsführung, des Abgeordneten Erberger, Herr wird. Herr Dr. Wirth hat nach einer verbürgten Erzählung des „Vorwärts“ die Frage eines sozialdemokratischen Abgeordneten, wann denn endlich die „Reaktion“ in Deutschland niedergeworfen sein werde, wie folgt beantwortet: Wenn die sozialdemokratischen Parteien sich wieder geeinigt haben. Dieser Ausdruck beweist treffend, daß die Politik des Herrn Wirth in erster Linie das Ziel einer Stärkung der sozialdemokratischen Parteien verfolgt. Der Abgeordnete und frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald tritt ganz im Gegensatz dazu für ein Zusammenhalten des Zentrums mit der Deutschen Volkspartei ein, was im übrigen auch seinem christlichen Gewerkschaftsstandpunkt voll entspricht. Denn der Deutsche Gewerkschaftsbund steht im vollen Gegensatz zu den sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Verbänden und umfaßt diejenigen Arbeitervertreter, die vom Zentrum bis in die Reihen der Deutschnationalen zu finden sind. Stegerwald ist auch von jeder ein Anhänger der früher sogenannten Kölner Richtung gewesen, die für ein Zusammengehen der beiden christlichen Konfessionen eintrat. In dem Aufruf des Zentrumsparteivorstandes finden wir diese Gedanken vorherrschend wieder: Einerseits die Betonung des nichtsozialistischen Charakters der Partei, andererseits das Eintreten für eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte, d. h. für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Herr Dr. Wirth steht heute in der Reichstagsfraktion fast ohne Anhang da. Daß diese Entwicklung sehr erfreulich ist, bedarf keiner starken Betonung. Das Wahrsagen, das die Sozialdemokratie darüber empfindet, genügt als Beweis vollkommen.

### Aus der Deutschnationalen Partei.

□ Berlin, 26. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die Deutschnationalen hatten für gestern eine Sitzung einberufen. Bis jetzt liegt nur ein Bericht des „D. L.“ vor, aus dem nicht ganz deutlich wird, ob außer der Reichstags- und Landtagsfraktion auch noch andere Vereinsthungen zugegen waren. Die Aussprache soll, was man aus Wort glauben darf, sehr bewegt gewesen sein. Zu einer Scheidung zwischen dem deutsch-völkischen und dem nicht extrem-antidemokratischen Winderheit ist es noch nicht gekommen. Ebenfalls hat die deutschnationale Reichstagsfraktion eine Erklärung beschlossen zum Memorandum der Entente, die dem Reichspräsidenten Löbe übermittelt worden ist. In dieser Erklärung erhebt die Deutschnationale Fraktion gegen das

Memorandum scharfen Einspruch und fordert die sofortige Einberufung des Reichstages. Man sieht auch hier wieder der Protest und immer wieder Protest. Der Deutschnationalen kommen über die Methoden des Vintersabfalismus nicht mehr hinaus.

### Deutsch-polnische Abmachungen.

□ Berlin, 25. Juli. Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau haben am 20. Juli zur Unterzeichnung eines Protokolls folgenden Inhalts geführt:

1. Deutschland und Polen einigen sich über das Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen. Aus den 22 Punkten dieses Programms seien hervorgehoben: Die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums in Polen, die Frage, die sich aus Artikel 256 des Friedensvertrages (Ubergang des deutschen Staatseigentums an Polen) ergeben und unter die besonders auch die durch das polnische Vorgehen gegen die Anstaltler entstandenen Fragen fallen; zahlreiche Abrechnungsangelegenheiten u. die Grenzabgrenzung Polens an Deutschland u. umgekehrt; das Wirtschaftsabkommen, die Liquidation des polnischen Mercatoriums, die Regelung der aus dem polnischen Valulagesch vom 20. 11. 1919 sich ergebenden Fragen sowie die Regelung der Militär- und Zivilpersonen- und zahlreiche andere Fragen.
2. Bezüglich der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln kürzen, die anderen Ländern mit niedrigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden. Eine Wirtschaftskommission, die bei den Verhandlungen gebildet werden wird, wird die Einzelheiten festsetzen.
3. Deutschland wird davon absehen, von den Pferden, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. 6. 1921 an Polen liefert, diejenigen Pferde zurückzubehalten die Polen den aus Polen abzunehmenden Optanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen ein Recht habe, die Optantenpferde zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von einer juristischen Kommission entschieden werden und zwar mit rückwirkender Kraft.
4. Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gewährleisten; Einzelheiten werden von der Wirtschaftskommission bei den deutsch-polnischen Verhandlungen festgesetzt.
5. Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bremerberger Abkommen vom 2. 11. 1920, auf Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Sachfragen zu leisten hatte, völlig durchzuführen.

Endlich wurde auch ein Reglement für die deutsch-polnischen Verhandlungen vereinbart, wonach zunächst sechs Kommissionen gebildet werden sollen. Die Verhandlungen beginnen am 1. September in Dresden.

### Deutsches Reich.

#### Die Beerdigung der Rathenau-Mörder.

□ Berlin, 26. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Bei der Beerdigung der Mörder Rathenaus auf dem Friedhof des Dorfes Siedersdorf hat sich, wie nachträglich bekannt wird, ein Zwischenfall ereignet. Der zuständige Totengräber lehnte es ab, das Grab auszuheben. Dadurch entstand eine Verlegenheit. Sie wurde erst beseitigt, als Studenten, die aus Leipzig, Jena und Halle erschienen waren, sich daran machten, ein Grab auszuheben. Schließlich wurde das Grab von einem Arbeiter aus Siedersdorf, der sich nach dem letzten Augenblick zur Verfügung stellte, fertig ausgehoben.

#### Eine Verteidigung der Reichshauptstadt.

□ Berlin, 26. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) In der „Zeitung“ der Abg. Stresemann Berlin in Schutz gegen einen jüngsten Angriff des Dichters Börris v. Münchhausen, der dem süddeutschen Beispiel folgend, seinen Groß auf die Reichshauptstadt entrichtet. Man spricht, bemerkt Stresemann, viel von dem volkshemmlichen Norden, von der Unfähigkeit der Regierung, der Woffen Macht zu werden und verweist demgegenüber auf die Ruhe im Süden. Man hat ansehend im Süden zu schnell vergessen, wie sehr man dort einst in den Großstädten mit der kommunalistischen Gefahr zu rechnen hatte, die J. Zt. einen Kurt Eisner in München an die Spitze brachte, als man sich in Berlin zu dem Gedanken durchrang, aus der Fera der Volkabewältigung in diejenige der verfassungsmäßig geleiteten Regierung überzu gehen. Die Ausschreitungen, die sich im Anschluß an die Demonstration beim Tode Rathenaus ereigneten, nahmen in früheren Hoffstädten und Universitäten des Südens mißlichen Charakter an als bei den Hunderttausenden in der Reichshauptstadt zusammenfloß. Stresemann bezeichnet es schließlich als eine Ungerechtigkeit, daß man für die Ausschreitungen der ganzen Zeit nur immer Berlin und seine Bewohner verantwortlich zu machen gedenkt.

#### Die Mannheimer UEP. gegen die Parteileitung.

□ Mannheim, 25. Juli. Die UEP. Mannheims hat eine Entschlebung erlassen, in der sie erklärt, daß eine Einigung der Arbeiterklasse nur dann gewährleistet sei, wenn sich die sozialdemokratische Partei freihalte von der Woffen, es könne mit den bürgerlichen Parteien erfolgreich Arbeiterpolitik getrieben werden. Mit den bisherigen Maßnahmen der Parteileitung und der Reichstagsfraktion kann sich die Mannheimer UEP. nicht einverstanden erklären. Sie verlangt von diesen Instanzen, daß sie sich all ihr Handeln des Leipziger Manifest als Richtschnur betrieuen und einhalten.

Die U. S. P. D. in Bayern hat nach der „Woff. Ztg.“ die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der mehrheitssozialdemokratischen Partei einstimmig beschlossen und ein Einladungsschreiben zu Verhandlungen darüber an deren Landesorganisation gerichtet.

### Badischer Landtag.

#### Der I. Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1922/23.

□ Karlsruhe, 25. Juli. Die Nachmittagsitzung begann mit den mündlichen Berichten des Haushaltsausschusses über den I. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1922/23 samt den einschlägigen Gesetzen. Ueber die Zusammenstellung des Nachtrages haben wir schon bei Erscheinen ausführlich berichtet. Neu oder wichtig sind u. a.: 2 Millionen Mark für die Woffierung der Landstrasse in 22 Klassen zur Erzielung eines für den Kurort dauernd besitzenden Zustandes; 2 1/2 Millionen für die Kümmung des Ringbores bei Offenburg zur Bekämpfung der Hochwasserfahr; 2 1/2 Millionen als Zuschuß für die Schiffbauverwaltung des Rheins auf der Strecke Basel-Baden; beim Kultusministerium ein Administrationsfonds von 100 000 M. zur Bearbeitung neuer Volkshulleseher sowie ein weiterer Administrationsfonds unter dem Ministerium des Innern als Zuschuß zu den Kosten der Beilegung an der Mannheimer Gewerkschaft.

Zur Frage der Einrichtung eigener Bezirksstellen für die Verwaltung der badischen Finanzangelegenheiten, sowie die Verwaltung der Landessteuern sowie der Justiz- und Polizeigesetze bezieht, ersucht der Landtag die Regierung, ihm zu herbst eine Denkschrift vorzulegen. Mit dem Bericht über das Arbeitsministerium schließt die Beratung des Nachtrages. Wie bereits mit Ausnahme des Justizministeriums, sind einstimmig, das letztere nur mit Mehrheit angenommen. Damit ist der I. Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1922/23 erledigt.

Abg. Wichmann (Soz.) berichtet für den Haushaltsausschuss über die Gesuche von Gemeinden, Vereinen und Einzelpersonen zur Ortsteileneinteilung sowie zur Gebührens- und Wirtschaftsbefreiung. Der Berichterstatter erläutert in aller Kürze die in sehr großer Zahl vorliegenden Gesuche und schließt mit dem Antrage, die Gesuche der Regierung zur Kenntnis und dem Finanzministerium als Material zur nachmaligen Revision des Ortsteileneinteilungsnachtrages zu überreichen. Das Haus stimmt dem zu. Nächste Sitzung Donnerstag, Tagesordnung: Fortsetzung der Dienstsitzung.



Stellungnahme gegen die Ausländerpolitik im Fremdenverkehr.

In der Behandlung der ausländischen Fremden, die in diesem Sommer Deutschland besuchen, ist der Boden zweifellos überspannt worden. Wir haben immer auf dem Standpunkt gehalten, daß die Ausländer, die in der ausgesprochenen Absicht unser Land besuchen, billig und gut zu leben, so billig, daß sie schließlich noch mehr wieder heimbringen als sie mitgenommen haben, weniger in barem Geld, als in dem Wert der Waren, die sie zusammenhamstern, steuerlich recht hart in Anspruch genommen werden sollen. Aber auch das hat seine Grenzen. Wir haben es erlebt, daß man in Bagern von einem „Zusammenbruch des Fremdenverkehrs“ spricht. Die Luxushotels, in denen Millionenkapitalien investiert sind, stehen leer oder sind so schwach besetzt, daß der Gewinn nicht der Rede wert ist. Wenn man bedenkt, welche Betriebskosten derartige Unternehmen erfordern, dann wird man begreifen, daß man der Wirtschaftslage im Herbst mit recht bangen Gefühlen entgegensteht. Man muß auch in dieser Frage über den eigenen Narkotikum ein wenig hinaussehen und sich vergegenwärtigen, daß durch die sogenannten Fremdenindustrie eine ganze Reihe von Gewerben, Handwerks- und Industriezweigen ernährt wird. Kann man es in Arbeiterkreisen, in denen man gegen die „schlagabnehmenden Sommergäste“ — ein neues Schlagwort, durch das nicht ein literarischer mehr in die Städte befördert wird — verantwortlich, daß durch eine Vermehrung der Fremdenindustrie laufende von Arbeitslosen brotlos werden? Ist es allgemein bekannt, daß die deutsche Reichsbahn kaum in der Lage sein würde, die Fahrpreise der vierten Klasse auf der bisherigen Höhe zu halten und die „bescheidenen Personenzüge“ zu fahren, wenn die Einnahmen aus der ersten und zweiten Klasse der D-Züge nicht einen Ausgleich schafften? Im Ausland hat man sich bereits auf das „deutsche Vorbild“ einzustellen begonnen. Das Berliner Auswärtige Amt erhielt in den letzten Monaten immer wieder Berichte seiner Vertreter im Ausland, in denen auf die Gefahr der bisher in Deutschland geübten „Ausländerpolitik“ hingewiesen wurde. Aus London lagen bereits Nachrichten vor, daß einzelne Londoner Fremdenstätten von deutschen Gästen einen „Wohlfühlungs“ erleben mit der Begründung, daß die Engländer in Deutschland ja auch geschöpft würden. In Rom warnten die Reiseführer vor Fahrten nach Deutschland, wo die Ausländer einfach „ausgeplündert“ würden. Man sieht: eine Liebertreibung löst die andere aus. Von einer allgemeinen Ausplünderung der Ausländer kann, von Ausnahmen abgesehen, die hin und wieder in der Deffektivität bringen, nicht gesprochen werden.

Der Rückgang, den der Fremdenverkehr in Deutschland erfahren hat, ist zweifellos so bedeutend, daß man nicht nur im bürgerlichen Hotelgewerbe mit schweren Sorgen in die Zukunft blickt. Am Samstag fand in den Räumen der Berliner Handelskammer eine auf Besprechung der „Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände“ einberufene Sitzung statt, in der zwischen allen beteiligten Organisationen eine grundsätzliche Aussprache über das Problem des Fremdenverkehrs im Zusammenhang mit der Valuta erfolgte. Es waren neben den Spitzenorganisationen der Hotelbesitzer- und Fremdenverkehrsvereine, dem Allgemeinen Deutschen Kaderverband, der Jagd- und dem Norddeutschen Bund auch der Kleinhandel vertreten, der Großhandel und der deutsche Lebensmittelhandel, was wieder Bezeugung einer Bedeutung weit über den Interessentenkreis hinaus verleiht: das Auswärtige Amt hatte einen Vertreter entsandt, das Reichsverkehrs-, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium, das Reichsministerium des Innern, verschiedene preussische und andere Staatsministerien und die Stadt Berlin. In dieser Sitzung wurde mit leitender Einmütigkeit festgestellt: daß der Fremdenverkehr, soweit es sich um ausländische Gäste handelt, unentbehrlich für die deutsche Wirtschaft ist. Denn die Ausländer treten allgemein als Käufer von Luxuswaren auf, sei es im Hotel, in den Geschäften oder den Gaststätten. Erst der Verkauf von Luxusgegenständen ermöglicht es vielen Betrieben und Geschäften, daneben Waren in mittlerer Preislage zu führen, die auch dem nicht Valutastarken erschwinglich sind. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Einwand, die Fremden verteuerten die Lebensmittel, nicht stichhaltig ist, denn die Hälfte des benötigten Brotgetreides muß ohnedies aus dem Ausland eingeführt werden. Eine oberflächliche Berechnung ergibt, daß eine Flut von 300 000 Fremden den Brotpreis um 3 Pfg. für die Gesamtbevölkerung verteuern würde, während andererseits der Jahresertrag des Fremdenverkehrs mit 5-600 Millionen Geldmark kaum zu niedrig eingeschätzt sein dürfte. Die Aussprache gipfelte in der Annahme einer Entschließung, in der es heißt:

„Die Förderung des Fremdenverkehrs, insbesondere des Ausländerverkehrs, wird auch unter den heutigen Verhältnissen aus wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen für dringend notwendig gehalten. Es ist eine durchaus richtige Auffassung, daß der Ausländerverkehr preistreibend wirkt. Dementsprechend werden ohne Ausländerverkehr die Preise eine weitere Steigerung erfahren oder zahlreiche Betriebe eingehen müssen. Zuschläge jeglicher Art für Ausländer müssen wegen ihrer ungünstigen Wirkung auf das Ausland als überaus schädlich vermieden werden. Die deutschen Organisationen sind fest entschlossen, jeder Liebertreibung entgegenzutreten. Der Bund Deutscher Verkehrsvereine wird alle ihm vorgelegten Beschwerden prüfen und, falls sie begründet sind, für Abhilfe sorgen.“

Diese Entschließung, so bemerkt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, ist eher ein Beschluß: mit den Valuta- und Ausländerzuschlägen einseitig abzuhauen und eine solide, kaufmännische Grundlage zu

schaffen, die jede persönliche Bereicherung zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausschließt. Denn hinter dieser Entschließung stehen die beteiligten Organisationen selbst, die fest entschlossen sind, mit den Klagen über Liebertreibung der Ausländer gründlich aufzuräumen und Deutschland den Ruf wiederzuerobern, den es einst länger sich verdient: ein Land reeller Kaufleute und gastfreundlicher Wirte zu sein. Lieber ist es in der „Beschwerdestelle“ — im „Bund Deutscher Verkehrsvereine, Magdeburg“ — eine Zentralstelle geschaffen, die Beschwerden wegen Liebertreibung nachgehen und für Abhilfe sorgen wird. Bleibt nur zu wünschen, daß auch die Behörden, besonders die Post- und Visa- und bayerischen „Bescheidgebühren“-Kommissionen und deren „Valutapostämter“ aufgeben, und der Anerkennung der Notwendigkeit des Fremdenverkehrs sich anschließen, nicht im Interesse der Fremdenindustrie, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft. Sch.

Wirtschaftliche Fragen.

Die neuen Bestimmungen für den Kartoffel- und Viehhandel.

Wie schon kurz mitgeteilt, kommen für den Kartoffelhandel und den Verkauf von Rindfleisch beim Erzeuger ab 1. August 1922 abgeänderte und verschärfte Bestimmungen zur Anwendung. Die neue Regelung bezweckt, die Zahl der Kartoffelhändler und Viehhändler der Händler zu vermindern. Es gelten nunmehr in der Hauptstadt folgende Bestimmungen: für die Erstellung der Großhandelserlaubnis mit Kartoffeln ist nicht mehr das Bezugsamt, sondern die Landesversorgungsstelle in Karlsruhe zuständig. Jeder Nicht-Großhändler bedarf zum Verkauf von Kartoffeln unmittelbar beim Erzeuger — auch innerhalb des Kommunalverbandsbezirks des Verkäufers — einer besonderen Erlaubnisurkunde, und zwar sowohl zum Verkauf zum Zwecke des Kleinhandels, als zum Zwecke der gewerbsmäßigen Verarbeitung. Eine Erlaubnisurkunde ist dagegen nicht erforderlich für den Bezug von Kartoffeln vom Großhändler und soweit Kartoffeln für den eigenen Bedarf beim Erzeuger aufgefauft werden, ferner für Sammler (Auktoren der landwirtschaftlichen Verbände), die eine Ausweisurkunde haben. Die bisherigen Erlaubnisse für den Handel mit Kartoffeln und den Rindfleischverkauf verlieren am 1. August 1922 ihre Gültigkeit und müssen zurückgegeben werden. Es müssen also in Zukunft auch von den bisherigen Händlern neue Gesuche eingereicht werden. Das Bezugsamt unterzieht die Angaben des Gesuchstellers einer eingehenden Prüfung. Auch die Angestellten des Händlers bedürfen besonderer Erlaubnisscheine, sobald sie nicht in Gegenwart oder unter Aufsicht des Händlers tätig sind. Den Landwirten selbst ist es ab 1. August 1922 nur noch erlaubt, an Selbstverbraucher oder an Inhaber von Großhandels- oder Auktorenlizenzen Rindfleisch abzugeben. — Die Viehhandelserlaubnisurkunden gelten nach den neuen Bestimmungen nur noch bis zum 31. Dez. 1922. In Zukunft wird die Viehhandelserlaubnis nur noch auf die Dauer eines Jahres erteilt und muß dann immer wieder erneuert werden. Neue Gesuche sind bis 1. Oktober 1922 einzureichen. Ill.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Erwerbslosenziffer ist mit der anhaltend günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in Rändern sinken begriffen. Der beträchtliche Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden (insbesondere der Ziegelfabrikation), ferner der Maschinenindustrie (soweit es sich um Hocharbeiter handelt) und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes blieb auf der Höhe der Vorwoche; ebenso zeigte sich die Papierindustrie noch wie vor für Arbeiterinnen ungenügend, während sich in der Tabakindustrie das Verhältnis von Arbeitsangeboten und Nachfrage infolge einer gewissen Verminderung der Aufträge etwas verschlechtert hat. Gute Beschäftigungsmöglichkeiten bietet z. B. die Konfektionsfabrikation für weibliche Arbeitskräfte. Der Bedarf des Baugewerbes konnte, wie schon bisher, nur teilweise befriedigt werden. Der ganz besonders empfindliche Mangel an Maurern hemmt bis zu einem gewissen Grade die restlose Verwendungsmöglichkeit der (allerdings nicht mehr sehr zahlreichen) für Bauarbeiten noch in Betracht kommenden ungelerten Hilfskräfte.

Städtische Nachrichten.

Der Einkommensteuerabzug.

Der Reichstag hat am 17. Juli eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes beschlossen, die nach Zustimmung des Reichsrats rechtskräftig geworden ist. Es ist die für die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 9. März 1920, die erträgt sich auf den Arbeitslohn und den Steuerabzug. Die Wirkung des Gesetzes beginnt mit dem 31. Juli 1922. Es findet Anwendung auf jede nach dem 31. Juli fällig werdende Lohnzahlung. Folgende Bestimmungen sind zu beachten: Die Ermäßigungen.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten 100 000 M des steuerbaren Einkommens nur 10 Prozent. Bisher hätte diese Grenze schon bei einem Einkommen von 50 000 M auf. Für die über 100 000 M hinausgehenden weiteren angelegenen oder vollen 50 000 M beträgt der Steuerfuß 15 vom Hundert, für die weiteren 50 000 M 20, für die weiteren 50 000 M 25, für die weiteren 150 000 M 30, für die weiteren 200 000 M 35, für die weiteren 200 000 M 40, für die weiteren 200 000 M 45, für die weitere 1 Million M 50, für die weitere 1 Million M 55 und für die darüber hinausgehenden Beträge des steuerbaren Einkommens 60 vom Hundert. Welche große

Wirkung gerade für die unteren Einkommensgrenzen die Mildertung des Einkommensteuertarifes hat, ersieht man daraus, daß bisher ein steuerbares Einkommen von 100 000 M nach dem seit dem 1. Januar gültigen Tarif eine Steuer von 32 600 M zu tragen hatte, während nach der neuen Novelle die hierauf entfallende Steuer nur 10 000 M beträgt. Besonders anschaulich wird die Anpassungsfähigkeit des Einkommensteuertarifes an die gelungene Geldmarkt, wenn man berücksichtigt, daß nach der ersten Fassung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 die Steuer von 100 000 M Einkommen nach Abzug des damaligen Existenzminimums noch 38 800 M betrug.

Die steuerfreien Teile nach § 26 des Einkommensteuergesetzes wurden für den Steuerpflichtigen selbst auf 480 M (bisher 240 M), für die Ehefrau gleichfalls auf 480 M (bisher 240 M), für die zur Haushaltung gehörenden minderjährigen Kinder auf je 360 M (bisher 360 M) erhöht. Die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen selbst und seine Ehefrau kommen ihnen nur zugute, wenn das steuerbare Einkommen 100 000 M nicht übersteigt, während die Ermäßigung des Steuerfußes für jedes Kind um 360 M bis zu einem Einkommen von 200 000 M zugebilligt ist. Der Betrag von 10 Proz. des Arbeitslohnes ermäßigt sich also für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau um je 40 M monatlich, je 80 M wöchentlich, je 1,60 M arbeitswöchentlich, je 0,40 M für zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind beträgt die Ermäßigung 80 M monatlich (bisher 30 M), 19,20 M wöchentlich (bisher 7,20 M), 3,20 M arbeitswöchentlich (bisher 1,20 M), für kürzere Zeiträume 0,80 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden (bisher 0,30 M), Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet.

Die Abzüge für Werbungskosten

Sie betragen nunmehr 90 M monatlich, 21 M wöchentlich, 3,60 M arbeitswöchentlich, für kürzere Zeiträume 0,90 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Entsprechend ist der Höchstbetrag der für Werbungskosten zulässigen Abzüge verdoppelt. Der Steuerpflichtige, der eine Erhöhung beantragt, muß schriftlich nachweisen, daß die ihm zustehenden Abzüge für Werbungskosten von 10 800 M (bisher 5400 M) um mindestens 1200 M (bisher 450 M) übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt. Die abzugsfähigen Steuerbefreiungen sind von 100 Mark auf 1000 Mark erhöht worden, während Lebensversicherungsprämien von jetzt ab bis 8000 Mark abzugsfähig sind (bisher 1000 Mark). Als abzugsfähig vom Einkommen ist ferner die im vorstehenden Kalenderjahr gezahlte Kirchensteuer erklärt worden, nachdem bisher vergeblich mit den Finanzämtern über die Zulassung dieses Abzuges, dessen Berechtigung zweifelhaft war, gestritten worden ist.

Die Kapitalertragsteuer soll für über 60 Jahre alte Kleinrentner und die sonstigen unter § 44 des Einkommensteuergesetzes fallenden Personen bis zu einem Einkommen von 25 000 Mark (bisher 10 000 Mark) voll auf die Einkommensteuer angerechnet werden, bezw. zur Erstattung gelangen, wenn Einkommensteuer nicht zu entrichten ist. Bei einem Einkommen über 25 000 Mark bis zu 50 000 Mark wird die Kapitalertragsteuer zur Hälfte angerechnet, während bisher die Anrechnung auch zur Hälfte schon bei 20 000 Mark Einkommen überhaupt aufhörte. Ferner ermöglicht sich außer diesen Vergünstigungen die Einkommensteuer noch um 2000 Mark für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 50 000 Mark nicht übersteigt und sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen, Renten oder Pensionen zusammensetzt. Dies hat zur Wirkung, daß die um ihre Erfindung schwer angehenden Kleinrentner im wesentlichen von der Einkommensteuer befreit werden.

Die Berechnung der Steuer.

Ab 1. August berechnet sich also die Steuer monatlich folgendermaßen: bis zu 100 000 Mark Jahreseinkommen 10 Proz. Abzug, für weitere 50 000 M. Jahreseinkommen 15 Proz. Von dem Steuerbetrag kommen in Abzug 40 M für den Ehemann, 40 M für die Ehefrau, 80 M für jedes Kind, 90 M Werbungskosten. Auf ein Jahreseinkommen von 90 000 M bei drei unterhaltspflichtigen oder ummündigen Kindern ist an Steuern ab 1. August zu entrichten:

Table with 3 columns: Abzüge, Werbungskosten, Betrag der Jahressteuer. Values include 2x480, 3x960, 960, 2880, 1080, 4920, 4080.



Wiener Operettenspiele.

Der letzte Walzer.

Mit der gestrigen Vorstellung hat Herr Direktor Emil Keiler wieder die natürliche Höhenlage der Sommeroprette erreicht. Frühlein Gerte Conde und Herr Peter Hoenselaers in den beherrschenden Rollen von Vera und Baron Sarraallos erfüllen die wesentlichen Anforderungen; der Tenor allerdings ein besserer Darsteller als Sänger, die Sängerin noch recht ganz frei in der Darstellung. Die schöne, wohlklingende Stimme der Sängerin besogte die in der unteren Mittelstufe bemerkbar wurde — mittels der Tangenden, die eine vorzügliche Ausbildung verleiht. Beide, Frühlein Conde und Herr Hoenselaers, haben übrigens sehr gut aus und halten in der großen Liebesszene die volle Höhe ihres Könnens erreicht. Hiermit war der eigenartige Erfolg des Abends gegeben. Hinzukam der Baron Hippolith, den Herr Ernst Vogler in rechtem Lustspielgepräge spielte — also ohne Liebertreibungen — und sehr weit lang. Die drei Töchter der Generalwitwe sind allerdings im Finanzrahmen der Sommeroprette mit Rücksicht hinzunehmen, denn junge Chorängerinnen, die sich in kleinen Partien unterfordern wollen, soll man ermuntern. Anders dürfen wir schon unsere kleine Bobulka bewerten. Die Königin hat bereits die gewohnte, nicht sehr angenehme Badisch-Routine der Provinz, die auf demselben Niveau zu schweben scheinen, so wäre es besser gewesen, auf das aberne Landweid — das so recht an den Operettenspielen herbeigelegten wird — ganz zu verzichten.

Und hier kommen wir auf Oskar Strauss. Seine Partitur folgt den Meistern, die der Wiener Meister mit seinem „Jugendlied“ von 1874. Zeichnung und Umrisse führten zur Oper zurück; das war heute müssen Johann Strauß ungenau, aus Gefälligkeit, aus Oskar Strauss nur so beschreiben geschrieben sein? Der gebildete Musiker, der seinen Melodienstrahl so gerne kontrapunktisch umher, geht doch überall aus der sogenannten Operette hervor. Die Doppelten Holzbläser geben dem Gesamtklang milden Klang, Hornen und Fagotte sorgen für gute „Auswärtlerung“, die Wellenformel sind mit Gelächern versehen. Gewählte Harmonik. Statt eines Saalorchesters von 25 Personen wäre also ein kleines ebebmäßiger Chor, notwendig eine Reihe von Fachsängern

und Schauspielern für die vielen kleineren und kleinen Partien und Rollen. Eine gründliche, die Musik zur vollen Geltung bringende Einstudierung könnte unserem Nationaltheater die dankbare Aufgabe bieten. Man würde den „Letzten Walzer“ als Kraußführung erleben.

Im Rahmen eines Saaltheaters, einer Sommeroprette, einer sommerlichen gesellschaftlich-künstlerischen Unterhaltung durften wir also mit dem gestrigen Operetten-Strauß recht zufrieden sein. Die Spielleitung des Herrn Josef Wainger erreichte auf dem kleinen Schauplatz der Hoftheaterbühne das Mögliche, Herr Theodor Berger legte die Partitur mit Geschmack aus, Chor und Orchester waren angänglich und die vielen Episodenrollen nach gegebener Möglichkeit besetzt. Diese im einzelnen zu besprechen sei heute noch vorbehalten, wohl aber Frau Helene Stastny in der dankbaren Charge der Dpafinska besonders erwähnt. U. Bl.

Kind und Zeitung.

Von Karl Wigel.

Viele Eltern halten die Zeitung von ihren Kindern sein-läuberlich fern, da sie in i. Annahme leben, daß sie durch sie allerhand Schmutzigkeiten lernen. Mein Vater verfuhr auch so, da ich noch die Schulbank drückte. Hätte er es nicht getan, so wäre ich ein noch größerer Zeitungsmurm geworden. Nach seiner Meinung rührten die meisten Verbrechen und Vergehen der Jugendlichen von der Zeitungsliteratur her, und er wies immer, wie ich später hören durfte, auf die neueste Kriminalstatistik der Jugendlichen hin. Viele Eltern glauben gerade so. Dabei leben sie aber gar nicht in Betracht, wie verblüffend gering die Ursache in ihrem Leben zu suchen ist. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß jede Statistik nie ein genaues Bild der wirklichen Zustände geben kann, da man eben nie in der Lage ist, den ersten Anstoß zur Tat unmittelbar sicher feststellen zu können. Wie viele hätten denselben verwerflichen Weg beschritten ohne die Zeitung? Sie war vielleicht der nähere Anlaß, nachdem der Trieb zum Vollbringen sicher gewesen war und nur der eigentliche Akt gefehlt werden mußte. Wenn die Zeitungen über allerlei Verbrechen berichten, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, berichten, so geschieht dies keineswegs, um die Sensationsgierigkeit mancher Leser zu befriedigen. Der viel höher zu bewertende Zweck, als abstraktes Beispiel zu wirken, muß allen in die Augen springen. Beispielt dann ein Charakterstücker Mensch auf die höchste Ebene, so steht dieser Mißerfolg in gar keinem Verhältnis zum praktischen Nutzen. Die Zeitung ist ein Bildungsmittel ersten Ranges. Aus fast unerschöpflichen Quellen fließt und rauscht es. Alle Gebiete menschlichen Wissens und Strebens werden aufgeleitet, und nach vielen Richtungen kann man schöpfen. Vorzüglich Eltern könnte man den Rat geben,

ihre Kinder in das Leben der Zeitung einzuführen. Vielleicht streichen sie die betreffenden Stellen an oder schneiden sie aus. Allerdings wird da die jugendliche Reugierde rege und jederzeit ist ein gemadeter Junge, ein gewandtes Mädchen in der Lage, den ganzen Inhalt — besonders natürlich den, den man ihnen vorenthalten — zu lesen. Um die Heranwachsenden vor der Nachahmung der geschilderten Untat zu bewahren, ist es sicher angebracht, von der Schaulustigkeit solcher Delikte zu sprechen, ohne moralische Poulsen loszulassen. Sicher werden auf diese Weise die sittlichen Gefühle gestärkt und gefestigt.

Auch die Schule ist längst dazu übergegangen, die Zeitung als Unterrichtsmittel aufzunehmen. Immer hat es Lehrer gegeben, die sich ihrer im Unterricht schon vorher in weitem Maße bedienten. Welche eckdrückende Fülle von Anregungen wirkt sie in den Schöpf? In Hand einer kleinen Reiz läßt sich ein großes Gebäude aufschichten. Die Schüler tragen bereits Bekanntschaft zusammen, der Lehrer führt durch Hilfsfragen auf Verwendetes und Unbekanntes. Ohne zu einem Frage- und Antwortspiel — das ist in der modernen Schule verpönt — auszuweichen, pulstert in solchem Unterricht freies Leben. Und die Kleinen schaffen wieder mit. Besonders die Zeitung, ein getreues Spiegelbild unserer Tage, schlägt die Brücke. Mehr denn je müssen Staatsbürger, Verfassungen, Wirtschaft, Volkstum in den Lehrplan einbezogen werden. Wie Modernismus des Unnatürlichen ströme es mir entgegen, wenn meine Lehrer mit einem „Angenommen“ den Unterricht einleiten. Gebt der Jugend lebendiges Wasser! Frisches Wissen verlangt sie. Der Lehrplan, der so hübsche Dinge vorschreibt, ist ja nur eine Richtschnur. Das pädagogische Geschick des Lehrers wird es schon verstehen, alles zu seiner Zeit zu bieten. Daher hinein mit der Zeitung in die Schule, ins Elternhaus! Sie ist ein vorzügliches Mittel, an unserem Volk mitzubedenken, der Jugend für alle neuzeitlichen Einrichtungen die Augen zu öffnen. Dann dümmert nicht einmal der Morgen herauf, wo wir behaupten können, daß uns das rechte Nationalbewußtsein beschieden worden ist, das uns jetzt selber noch fehlt, und das uns alle einen wird zu unserem Vorteil und Besten!

Kunst und Wissen.

© Herbert Eulenberg über die Rheinländer. In der in diesen Tagen erscheinenden Nummer der Wochenzeitung „Mannheimer Beobachter“ äußert sich Herbert Eulenberg in sehr warmen Worten über das Verhältnis der Rheinländer zur neuen deutschen Republik: „Wenn die Rheinländer auch überzeugte Republikaner und Gegner jedes Militarismus sind, so soll man doch ihrer deutschen Gesinnung vom Reich aus unbedingtes Vertrauen entgegenbringen. Denn



Neue Markt-Nichtpreise.

Gestern nachmittag fand im Turmloal des Rathauses unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Walli wieder eine Sitzung der Preisprüfungs-Kommission für Marktwaren statt zur Festsetzung der Nichtpreise...

Man muß es als unverantwortlich bezeichnen, die Erlaubnis zum Handel mit den lebensnotwendigsten Bedarfsgegenständen gerade in den letzten knappen Tagen maßlos zu erteilen, ohne zuerst die Bedürfnisfrage zu prüfen...

Nach die Verkäufe der Saachändler wurden gut Sprache gebracht. Wegen sie kann leider nicht eingeschritten werden, wenn sie im Besitz eines französischen Erlaubnisbescheines sind...

das rheinische Volk hängt mindestens ebenso sehr wie der Ostpreuße und Schlesier, die beiden Grenzstämmen im Osten, am Deutschtum. Wenigstens der Rheinländer dies nach seiner meist unerschütterlichen, leidenschaftlichen Art schwerer öffentlich zum Schwungvollen Ausdruck bringen kann...

Handwerkslehrer am Staatlichen Bauhaus in Weimar. Die Verhandlungen der Thüringischen Staatsregierung mit dem bekannten Meister August Kambin, um ihn für das Staatliche Bauhaus in Weimar zu gewinnen, sind zum günstigen Abschluß gelangt...

Die Goethe-Gesellschaft als Millionenerbin. Frau Marianne Heiden in Wien hatte ihr gesamtes Vermögen im Betrage von 12 Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft letztwillig vermacht...

Die Tochter Weenerbeers t. Hochbetagt ist in Berlin Frau Cornelia Richter, die Witwe des bereits vor 36 Jahren verstorbenen Richters Gustav Richter und die Tochter Giacomo Weenerbeers, verstorben. Ihr Haus machte sie, zwei Künsten nahelegend, in den letzten Jahren zu einem Mittelpunkt edler geistiger Pflege.

Kleines Feuilleton.

Der Stadtpfich in der Sommerfrische. Unser Stadtpfichling ist ein von den Geschöpfen, die ganz zu Unrecht verachtet werden. Der lustige Geselle trägt so viel zur Belebung unferes sonst der Natur so entfreundlichen großstädtischen Strahadisches bei, und er ist der treue Kamerad des Städters geworden und ihm auch in seinen Lebensgenussstunden merkwürdig angepaßt...

Angenehmheits-Preise. Infolge des Beschlusses der Preisprüfungs-Kommission sind ab 27. Juli 1922 bis auf weiteres in Mannheim einschließend der Vororte in Kraft: Kartoffeln, alte, Pfund M. 2.-3, Kartoffeln, neue, ausl., Pfund M. 7.50, inl. Pfund M. 6.50, Buchweizen, Pfund M. 6, Sängensohnen Pfund M. 6-8, Weizen, Pfund M. 1.50-3, Roggkorn 1 Anolle M. 0.50-2, rote Rüben, Pfund M. 2, weiße Rüben, Pfund M. 2.50-4, Karotten Pfund M. 2.50-4, Karotten, Käßel, M. 0.40-0.50, Mangold Pfund 1.50-2, Kopfsalat, Stück M. 0.50 bis M. 2, Endiviensalat, Stück M. 0.50-2, Zwiebeln, Pfund M. 5-7.50, Rettig, Stück M. 0.50-1, Pilze aller Art, Pfund M. 15, Schlangengurken, Stück M. 8-10, Salatgurken Stück M. 1-3, Salzgurken, Stück M. 0.60-0.80, Spargeln, Stück M. 0.40, Suppengrün, Käßel M. 0.40-0.60, Schnittlauch, Käßel M. 0.50, Kochspitz, Pfund M. 5-8, Halläpfel, Pfund M. 0.50-1, Kochbirnen, Pfund M. 6-10, Kirschen, Pfund M. 12-15, Pfirsiche, Pfund M. 10-15, Nirscheben, Pfund M. 16-18, Spitzlinge, Pfund M. 15, Himbeeren, Pfund M. 15-18, Brombeeren, Pfund M. 12, Nirschen, Pfund M. 10-14.

Die Jernsprechgebühren nach dem Ausland betragen jetzt nach dem Satz von 100 Mark für den Franken mit Dänemark 150-225 Mark, Litauen 25-400, Ungarn 75-325, den Niederlanden 75 bis 350, der Schweiz 25-365, Ungarn 150, Belgien 94-238, Frankreich 55-1350, Italien 275-700, Norwegen 638-860, Schweden 338-1013 Mark. Es folgte ein einfaches Tagesgespräch zwischen Berlin und Kopenhagen 450 M., Rom 300, Amsterdam 288, Basel 313, Brüssel 238, Paris 400, Kristiania 713, Stockholm 563; zwischen Breslau und Kopenhagen 525; zwischen Düsseldorf und Kopenhagen 525, Amsterdam 163, Basel 313, Brüssel 188, Paris 300; zwischen Frankfurt a. M. und Kopenhagen 525, Amsterdam 225, Basel 263, Brüssel 238, Paris 300, Stockholm 713; zwischen Hamburg und Kopenhagen 375, Amsterdam 225, Basel 313, Brüssel 238, Paris 400, Kristiania 788, Stockholm 563; zwischen Köln und Kopenhagen 525, Amsterdam 163, Basel 263, Brüssel 188, Paris 300; zwischen Königsberg und Kopenhagen 100; zwischen Leipzig und Kopenhagen 525, Amsterdam 288, Basel 313, Brüssel 238, Paris 400, Stockholm 638; zwischen München und Kopenhagen 525, Amsterdam 288, Basel 263, Brüssel 238, Paris 300; zwischen Stettin und Kopenhagen 375, Amsterdam 288, Kristiania 713, Stockholm 563 Mark.

Die Besimmung, wonach es zur Einreise Deutscher nach Griechenland außer dem Visum noch einer besonderen Einreiseerlaubnis bedürftig ist von der zuständigen Behörde aufgehoben worden.

Die Sperre der Möbelzufuhr aus Ost-Preußen. Aus noch unbekanntem Grunde hat die französische Regierung bis auf weiteres die Möbelzufuhr aus Ost-Preußen gesperrt.

Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden im Monat Juni: am 1. Juni auf Bahnhof Rotenfels ein Geldbeutel mit 70 M.; am 13. Juni auf Bahnhof Landa ein Geldbeutel mit 55.25 M.; am 16. Juni im Zug 1424 eine Brieftasche mit 500 M., abgeliefert in Konstanz; am 18. Juni im Zug 811 eine Brieftasche mit 333 M., abgeliefert in Baden-Dos; auf Bahnhof Donaueschingen der Betrag von 70 M.; am 19. auf Bahnhof Schutterthal der Betrag von 51 M., abgeliefert in Offenburg; im Monat Juli: am 11. im Zug 348 eine Geldmappe mit 404 M. 40 Pf., abgeliefert in Mannheim; am 14. Juli auf dem Bahnhof Rahr Stadt der Betrag von 500 M.; am 16. Juli auf dem Bahnhof Basel ein Geldtäschchen mit 500 M.

Wiener Operettenspiele - Hofopern. Heute Mittwoch wird die äußerst beifällig aufgenommene Operette 'Der letzte Kaiser' von Oscar Straus wiederholt.

Orchester- und Solokonzert im Friedrichspark. Wie aus dem Angeheißten zu ersehen ist, hat die Verwaltung für morgen Donnerstag abend neben dem Orchester unter Herrn Kapellmeister Seders Leitung noch das Kammerorchester 'Ranner-Quartett' verpflichtet, das eine Auswahl beliebiger Volkslieder zum Vortrage bringen wird.

Ein Reichstagung der deutschen Angestellten-Jugend. Wie im vorigen Jahre nach Eisenach, so hat in diesem Jahre der Jugendbund im Gewerkschaftsbund der Angestellten seine Jahrestagung für die Tage vom 29. bis 31. Juli nach Gostlar zusammenberufen. Die Tagung steht unter der Losung für die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. Vor dem alten Kaiserhaus wird eine Bundeslagertagung stattfinden, bei der, umrahmt von Lied- und Musikvortrügen, Heinrich Thiel-Berlin 'Von der Freiheit unseres Volkes' und Georg Borchardt-Berlin 'Von der Einheit unseres Volkes' sprechen werden. Am Sonntag nachmittag werden am Hange des Steinberges die Jugendgruppen selber aus ihrem gefälligen Leben bringen, das, befrachtet von der Jugendbewegung unserer Zeit, sich auszumirken strebt, im Volkstum, im Volkstanz, in Leibesübungen und frischen Volksliedern nach Art des alten Hans Sachs. Ein Nachzug durch die 1000jährige Stadt wird den Sonntag schließen, während der Montag sportliche Wettkämpfe und Wettbewerbe in den beruflichen Fähigkeiten bringen wird, die für die Angestellten-Jugend gefordert werden müssen, als da sind Kurzschritt, fremdsprachliche Kenntnisse, Vokaltechnik und dergl. Am Nachmittag findet im Kaiserloal der Jugendbundesstag statt, in dem der Vorkämpfer der Einheitsbewegung unter der Angestellten-schaft, A. Heil-Weipzig, die Frage beantwortet wird: 'Was erwartet die G. D. M. von der Jugend?' und Fritz Reme-Berlin sich zu der Gegenfrage zu äußern hat: 'Was erwartet die Jugend vom

Schädler der Naturbebens, hat den Stadtpfichling in seiner Sommerfrische beobachtet und hiermit darüber: 'Die Stadtpfich sind aufs Land gekommen. Gestern sah ich einen Schwarm von ihnen, schmutzige, moegere, kleine Geschöpfe, die sich in den Feldern am reifen Korn gütlich taten. Was für ein Gegenstand zwischen diesen Bögeln und ihren Argwohn vom Lande, mit denen sie jetzt Bekanntschaft schließen. Wäre er nicht so gewöhnlich, dann würde der Stadtpfichling zweifellos für einen schönen Vogel gelten mit seinem reichen braunen, schwarzen und weißen Gefieder. Die Besucher aus der Stadt aber haben allen Schmutz und Staub der Straßen in ihren Federn und sehen sehr dürrig aus, gerade so wie die kleinen Großstadtkinder, die aufs Land kommen. Ein paar Tage Regen, Wind und Sonnenschein, das reichliche Wohl, das die Natur Natur auf den Feldern gedeckt hat, sie verwandeln den Stadtpfich vollständig. Nun wird er ein sauberer und behäbiger Vogel. Wenn wir einen Schwarm von 100 Sperlingen nehmen, so finden wir, daß die größte Menge Getreide, die sie während der ganzen Entreezeit verzehren können, kaum 36 Liter beträgt. Nimmt man aber auf der anderen Seite die Mengen von Unkraut und die große Zahl von Würmern, Käupen und anderen Insekten, die die Sperlinge verzehren, so ergibt sich, daß der Nutzen des Sparges für die Landwirtschaft sehr viel größer ist als der Schaden. Aber auch das beste Leben in der Sommerfrische kann den Spargling nicht auf dem Lande zurückhalten; er liebt die Veränderung, und wenn der Wind über die Stoppeln weht, dann kehrt er vergnügt in die Stadt zurück.'

Neuartige Segelschiffahrt. In der Segelschiffahrt werden nur sehr selten neue Erfindungen gemacht, seit Hunderten von Jahren hat sich hier kaum etwas geändert, es sei denn, daß man den Baustoffwechsel, d. h. das Bauen mit Eisen und Stahl statt mit Holz, als großen Umwälzung ansehen will. Auch die Einführung des Motors war zwar eine wirtschaftlich bedeutende Tat, nautisch jedoch war es keine eigentliche Erfindung. Etwas ganz Neues hat jetzt jedoch eine Bremer Segelschiffahrtsgesellschaft geschaffen. Sie baut auf der Kieler Germania-Werft eine Serie von sechs Räumtauchern, die eine ganz abweichende Befehlungsart haben. Von den Masten sind drei wie Schoner getakelt, der erste und der dritte haben jedoch Rahen. Diese neue Segelanordnung hat den Vorteil, daß man bei Winden, die von hinten das Schiff treffen, mehr den Wind ausnutzen kann als bei anderer Befehlungsart; dabei wird auch noch an Bedienungsmannschaften gespart. Als Schoner allein getakelte Schiffe lassen sich bekanntlich vor dem Winde, also bei achterlichen Winden, sehr leicht steuern, außerdem nehmen sie den Winddruck nicht so voll auf wie die Rahschiffe. Die Reederei wird daher ohne Zweifel mit den etwa 2400 Tonnen Tragfähigkeit beständigen Segelschiffen gute Erfahrungen machen, wenigstens sprechen Erfahrung und Theorie dafür.

W. D. H. Maria Heiersberg, Berlin und Hans Heinrich Leipzig werden das Verhältnis der beiden Geschlechter im Jugendbund erörtern. Auf dem Petersberge wird die Schlußfeier der Preisverteilung stattfinden, bei der Otto Deebald-Hamburg die Ergebnisse des Jugendbund-Tages zusammenfassen wird. Für den Monat sind Besichtigungen der Bergwerksanlagen in der Umgebung Geolans vorgesehen und am Dienstag mittag wollen sich alle Teilnehmer, denen dazu die nötige Zeit zur Verfügung steht, noch einmal auf dem Boden treffen.

Kommunale Chronik.

Niederkarlsruhe, 24. Juli. Aus den letzten Gemeinderats-Sitzungen ist folgendes mitzuteilen: Die Gebühren der Weidenerträger werden auf 12 M., jene des Obmannes auf 20 M. erhöht. Dem Bezirksamt wird ein Vorschlag zur Erhöhung der Sätze bezüglich der Jahresarbeitsverdienste der landwirtschaftlichen Arbeiter unterbreitet. Maßnahmen zwecks Sicherstellung des Kartoffelbedarfs der hiesigen Bevölkerung werden eingeleitet. Die Vergütung für Erstellung von Lieberstunden an hiesiger Volksschule wird auf 450 M. pro Jahrestunde, dagegen für Erstellung von Nachhilfeunterricht auf 40 M. pro einzelne Stunde erhöht. Entgegen der Beschwerde der kommunalen Partei soll die Milchverteilungsgesellschaft in einer Hand verbleiben, von deren Zweckmäßigkeit man nach reiflicher Erwägung aller Umstände überzeugt ist. Dem Antrag des Weidenervereins auf Erteilung eines weiteren Gemeindebauvertrages vermag man, der enormen Kostensteigerung wegen, vorerst nicht stattzugeben, zudem auch in letzter Zeit infolge eingetretener Sterbefälle, nicht minder auch infolge privater Bauaktivität eine Entspannung in der Wohnungsnot eingetreten ist. Die Gemeinde erhält weitere 200 Ster Holz zugewiesen, jedoch in Höhe je 1 Ster an die einzelnen Familien zur Abgabe kommen kann. Dem Antrag der Refektorienbesitzer entsprechend erhöht der Magistrat die Erhöhung. Die Gebühren der Leichenfrau und des Desinfektionswerkes je auf 40 M. pro Fall erhöht. Der von dem Ortsausschuß für Leibesübungen vorgelegte Spielplan wird mit einem Zusatz des Gemeinderats gutgeheißen, nur kann dem Wunsch auf Erteilung einer Bedürfnisanstalt beim Sportplatz vorerst nicht entsprechen werden. Die Ratsdiener und Polizeidiener erhalten abweichend je einen 28tägigen Urlaub. Die während der Urlaubszeit des Ratsdieners nötig fallenden öffentlichen Verkündigungen erfolgen durch Aufschlag an den Verkündigungstafeln.

Frelburg, 24. Juli. Das neue Bad. Ausführungsgesetz zum Wohnungsabgabegesetz ermächtigt die Gemeinden, durch Gemeindebeschluss die unmittelbare Erhebung der Wohnungsabgabe beim Nutzungsberechtigten (statt beim Grundstüdeigentümer) anzuordnen. Vom 1. April 1923 an muß die Abgabenerhebung in dieser Form erfolgen. Augenblicklich fehlen zur unmittelbaren Erhebung der Abgabe noch die erforderlichen Unterlagen (Mietkassentafeln). Es wird auch, wenn in aller nächster Zeit noch die ausstehende Ministerialverordnung über die Einrichtung des Wohnungsstatistikers erscheint, noch geraume Zeit vergehen, bis das Kostenverfahren fertiggestellt wird. Um nicht mehrere Vierteljahrsraten der Abgabe für 1922, von der das 1. Viertel schon geleistet am 1. Juli d. J. fällig war, gleichzeitig erheben zu müssen - eine Maßnahme, die zweifellos dem Zahlungspflichtigen bei der erhöhten Abgabe schon gewisse Schwierigkeiten verursachen würde - hat der Stadtrat beschlossen, die Wohnungsabgabe für das Rechnungsjahr 1922 grundsätzlich noch vom Grundstüdeigentümer zu erheben. Es wird aber zunächst nur der Forderungszettel für das 1. und 2. Viertel der Wohnungsabgabe 1922 zugestellt werden, mit Zahlungspflicht für das 1. Viertel 14 Tage nach Aufstellung des Forderungszettels, und für das 2. Viertel auf 1. Oktober d. J. Bei Durchführung der Abgabenerhebung wird den Grundstüdeigentümern nach Möglichkeit entzogenkommen, insbesondere eine Beteiligung unterlassen werden, soweit die Nutzungsberechtigten (Mieter) sich weigern, die auf sie entfallende Abgabe an den Grundstüdeigentümer zu bezahlen.

Aus dem Lande.

Weinheim, 26. Juli. Das dreißigjährige Töchterchen eines hiesigen Arbeiters namens Bera fiel in einem unbewachten Augenblick in die Weinschiff und ertrank.

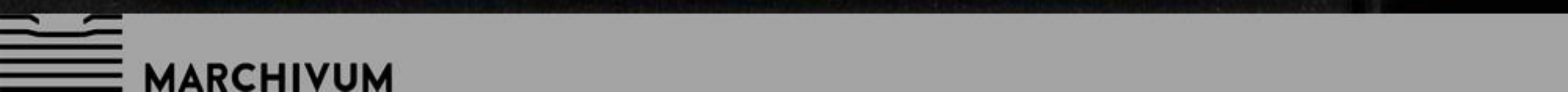
Rohrheim bei Bruchsal, 26. Juli. Als ein hiesiger Landwirt über die alte, gefährliche Rheinbrücke fahren wollte, die zudem noch durch das Hochwasser zum Teil unter Wasser stand, kam das Pferd von der festen Brücke ab und verschwand samt dem Wagen in der Tiefe des Rheins. Der Landwirt, der selbst nicht zu Schaden kam, erlitt dadurch einen Verlust von ungefähr 7000 Mark.

Mosbach, 26. Juli. In einer Willkürerweisung wurde folgender Beschluss gefaßt: Die fortwährend steigende Lenzung zwingt uns, zu der früheren Raturausrichtung zurückzukehren. Vom Juni an Getreide werden von heute ab 8 Pfund als Wahllohn erhoben.

U. A. A. 24. Juli. Dem Landtagsausschuß für Getreide und Viehwirtschaft lag ein von 40 Viehhältern in Gießlingen bei Durlach eingereichtes Gesuch um gnadenweisen Nachlass von Steuern wegen Fortschrittschachs vor. Das Gesuch soll an das Justizministerium verwiesen werden mit der Information, daß die Viehhälfter den Wert des widerrechtlich an sich genommenen Getreides erheben sollen. Der Ausschuß kam zu diesem Beschlusse im Hinblick auf die Futternot im Jahr 1921. Ferner beschloß der Ausschuß, das Gesuch des Bezirksvereins Stalsheim wegen Erstattung einer Wohnheimwirtschaft der Regierung zur Kenntnisnahme zu übermitteln. In Zukunft sollen bei der Erstattung solcher Wirtschaften vorher die örtlichen Verhältnisse und die berechtigten Wünsche des Viehwirtschaftsgewerbes geprüft werden.

Pforzheim, 26. Juli. Der Stadtpfarrer der katholischen Gemeinde, Stefan Reiff feierte sein 40jähriges Priesterjubiläum. Aus Gießlingen bei Baden flammend, wirts Stefan Reiff seit 1890 in der hiesigen katholischen Gemeinde. Aus diesem Anlaß fand ein Jubiläumsgottesdienst und daran anschließend die Beglückwünschung des Jubilars durch die Vertreter der kathol. Gemeinde und Vereine statt.

Für die Reise! Die Nachsendung des 'Mannheimer General-Anzeigers' während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen. Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E. 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden. Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten. - Diese betragen: wöchentlich Nr. 1 bereits abonniertes Exemplar ... M. 12.- für 1 wöchentliches Exemplar ... M. 14.50 für Nichtabonnenten ... M. 18.-





**St. Blasien, 25. Juli.** Lieber den Bahnbau Litte-  
St. Blasien hat die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe auf  
Anfrage hin mitgeteilt, daß wenn vom Reichsverkehrsministe-  
rium die zum Bau dieser Bahn nötigen Mittel zur Verfügung ge-  
stellt werden, bis etwa Sommer 1924 die Strecke Litte-Seebrunn  
in Betrieb genommen werden kann. Die Vorarbeiten für die Res-  
triktion Seebrunn-St. Blasien werden zurzeit mit den zur Verfügung  
stehenden Kräften gefördert.

**Juchtingen, 26. Juli.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurde  
ein Wagen Brennholz beschlagnahmt, das einer Schieber-  
gesellschaft gehörte. — Das etwa 14-jährige Kind des Dachdeckers  
Kienzler fiel in den Gemeindefanal und ertrank.

### Aus der Pfalz.

**Speyer, 25. Juli.** Bei einer Entscheidung der Staats-  
ministerien der Justiz und des Innern an die Landesämter ist bei  
Eheschließungen französischer Staatsangehöriger  
— abgesehen von den sonstigen Nachweisen — das Ehefähigkeits-  
zeugnis erforderlich, oder wenn dieses nicht beibringen werden kann,  
nachweis der Befreiung hiervon und außerdem eine Bescheinig-  
ung darüber, daß auf Grund des Aufgebots in der französischen  
Gemeinde keine Einprüche gegen die Eheschließung erhoben  
werden ist.

**Neustadt a. d. S., 24. Juli.** Eine Hauptversammlung der  
Rechenpensionisten-Vereinigung der Pfalz, die in  
Neustadt kürzlich zusammentrat, wählte Lehrer Cronauer-Weidenbach  
zum 1. Vorsitzenden, Hauptlehrer Geib-Reustadt zum 2. Hauptlehrer  
Huppert-Börsch zum Rechnungsführer. Der Zweck der Vereinigung ist,  
die bestehenden großen Lehrerorganisationen für die Wünsche der Pen-  
sionisten zu gewinnen. Als Forderungen erheben diese u. a.: Die  
Lehrerzulagen sind nicht aus dem Ruhegehalt, sondern aus dem  
pensionsfähigen Dienstlohn zu erheben, Anwendung des  
Dienstaltersgesetzes auch auf die Pensionisten, gleiche Zulagen wie für  
die aktiven Beamten.

**Kaiserslautern, 25. Juli.** Auf Grund einer Vereinbarung  
zwischen den Vereinten Notariatskammern und der Notariats-  
hilfskammer wurde vom zuständigen Staatsministerium eine  
Prüfungsordnung für den Dienst der Notariatsgehilfen  
erlassen. Aus den eingehenden Bestimmungen ist u. a. hervorzu-  
heben, daß die Prüfung in der Regel alle drei Jahre am Sitz  
eines Landesgerichts abgehalten werden soll.

**Miesbach, 25. Juli.** Die Sommerferien werden von  
einer Anzahl Volksschullehrer der nahen Westpfalz benutzt,  
um im „Band der Franken“ Beschäftigung als Arbeiter anzu-  
nehmen. So sind als Praktikanten zur Zeitspende Lehrer als Tag-  
Löhner bei Abbaumarbeiten für den Ausbau von Kalksteinen tätig.  
Die Lohnsätze, die bis zu 10 Franken, nach dem heutigen Stand  
der Mark also eine ziemlich hohe Summe betragen, läßt sich sonst  
eine Anstellungskraft auf Arbeitskräfte der Westpfalz aus.

**Land der Westpfalz, 25. Juli.** Die „Reisenkinder“ ge-  
hen seit einigen Tagen den rechtsrheinischen Gebieten hin und  
her. Aus der Saar- und Westpfalz haben bereits mehrere  
hundert Kinder die Reise ins bayerische Oberland angetreten, auch  
Gewandstücke bringen die Hilfe Gelebensmittel. Wie in den Vorjahren  
erhalten die Kinder unentgeltlichen Ferienaufenthalt bei bayerischen  
Gastgebern. Gestern vormittag in aller Frühe verließ ein weiterer  
Transport Kinder mit Saal und Pack den Sammelbahnhof Hütten-  
scheid. Die saarländischen Reinen hatten in Moskauquartieren  
zu Zweibrücken übernachtet. Die Leitung der Transporte haben  
beauftragte des Roten Kreuzes übernommen, die auch die Rück-  
fahrten beaufsichtigen werden.

### Berichtszeitung.

**II. Freiburg, 24. Juli.** Ein Grenz- oder Wälderschnitt mit hoch-  
wertigen Ferngläsern leitete der in Basel wohnhafte Rechtsanwalt  
Albert Viktor Kurburg aus Oberrieden in der Wega. Er kaufte in  
Börsach zehn Feldscheer zum Preise von 14 000 M., die er mit Hilfe  
eines damals beim Finanzamt in Börsach angestellten jungen Mannes  
namens Otto K. u. f. über die Grenze zu bringen hoffte. Rechts-  
anwalt K. behauptet zwar, seine Absicht sei gewesen, eine geordnete  
Ausfuhrbewilligung zu erhalten, merkwürdigerweise aber schloß er in  
einem Kaffeehaus in Basel mit dem Finanzgehilfen ein Scheingeld  
ab, nach dessen Abschluß fixiertem Betrag dieser die zehn Feldscheer  
für 30 000 M. übernahm; hatte er sie glücklich über die Grenze auf  
Schweizerboden, so sollte Kurburg wieder Eigentümer der Feldscheer  
werden. Für seine Bemühungen erhielt der Finanzangehörige und  
ein Revisor eine vorläufige Belohnung von 15 Franken. Aber ehe  
das vorläufige eingefädelt Geschäft perfekt wurde, hatten auch die  
Grenzbehörden davon Wind bekommen. Das Amtsgericht Börsach sah  
sich die Pflicht einer verbotenen Ausfuhr und delegierte Kurburg mit  
10 Tagen Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe. Die zweite Verur-  
teilung ist der Sache erbracht, der auf die Einrede des Bestrafen  
erfolgte Urteilspruch des Börsacher Schöffengerichts, das gegen K.  
auf völlige Freisprechung erkannte. Die Berufung der Staatsanwalt-  
schaft führte vor der Bezirkskammer zu einer anderen Erkenntnis:  
Das freisprechende Urteil erster Instanz wurde aufgehoben und K.  
wegen Beregung gegen die Außenhandelskontrolle (Gesetz vom  
20. Dezember 1919) zu 25 000 Mark Geldstrafe oder für je  
150 M. der Geldstrafe zu einem Tag Gefängnis und zu den sämtlichen  
Kosten verurteilt.

**Kaiserslautern, 24. Juli.** Die Volksstimme des „Kerwebegradens“  
führte 4 Arbeiter aus Bahnwegen und Trachweier wegen Reisi-  
gionsvergehens vor die Strafkammer. Sie führten u. a.  
einen verbotenen Gegenstand als Sarg mit sich und ahnten Befah-  
rungsgebräuche nach. Während des Schöffengerichts fuhr in dem  
Verbotenen der Bier kein strohfarbener Ton erlöschen konnte und sie  
freisprachen, verurteilte die Strafkammer als Berufungsinstanz auf  
Berufung des Anwalts zwei der Angeklagten zu je 1 Woche  
Gefängnis und 1400 M., zwei weitere Angeklagte zu je 3 Tagen  
Gefängnis und 600 M. Geldstrafe.

**Arnsbach, 24. Juli.** In Oberstein an der Nahe hatte  
der Kaufmann S. Weingarten sich durch einen grünen Wimper  
mit dem Haltenkreuz, den ein Trupp Wanderer mit sich  
führte, beleidigt gefühlt und die Entfremdung verlangt, was abgelehnt  
wurde. Daraufhin hat Weingarten, als die Wanderer lagerten,  
die abweisende Hand an sich genommen und der Polizei über-  
geben. Kuchert hat er die Wanderer gelbes grünes Jungen und  
Dausuben genannt und einen von der Nahe das Haltenkreuz ob-  
genutzt. Er erhielt wegen Beleidigung und Beleidigung je zwei-  
tausend Mark Geldstrafe, zusammen an 4000 Mark. Der  
Staatsanwalt hatte 300 M. wegen Sachbeschädigung und 200 M.  
wegen Beleidigung beantragt.

### Sportliche Rundschau.

#### Süddeutsche Leichtathletik-Meisterschaften in Ludwigshafen an Rhein.

Ludwigshafen, die jüngste Stadt am Rhein, rüstet zu den  
süddeutschen Meisterschaften. Der süddeutsche Verband für Leicht-  
athletik hat den Rhein-Rain-Saar-Berband mit der Durchführung  
der diesjährigen Meisterschaften betraut, und dieser wird sie am  
29. und 30. Juli auf dem Platz der Ludwigshafener Fußball-  
gesellschaft 1903 (alte Rennbahn, Frankenthalerstraße, Haltestelle  
der Straßenbahnlinie 11) zum Austrag bringen. Alle Vorbereitungen  
sind in umfassender Weise getroffen. Die Ausschreibung  
umfaßt folgende Wettläufe: Herrenwettbewerb: 100, 200, 400,  
800, 1500, 5000 und 10 000 Meter-Lauf, 110 Meter-Hürdenlauf,  
400 Meter-Hürdenlauf, 4 mal 100 Meter-Staffel, 3 mal 1000 Meter-  
Staffel, 5000 Meter-Gehen, Hochsprung, Weitsprung, Stabhoch-  
sprung, Kugelschleichen, Diskuswerfen, Speerwerfen. Damenwett-  
bewerbe: 100 Meter-Lauf, 4 mal 100 Meter-Staffel, Weitsprung,  
Hochsprung, Kugelschleichen, Diskuswerfen, Speerwerfen. — Die Vor-  
kämpfe mit teilweiser Entscheidung beginnen Samstag nachmittags  
3 Uhr, Fortsetzung Sonntag vormittags 10 Uhr und Sonntag nach-  
mittags 3 Uhr.

Am 16. Juli sind in allen dem Süddeutschen Verband ange-  
hörigen Landesverbänden die einzelnen Landesmeisterschaften  
ausgetragen worden, und zwar in den Landesverbänden Baden,  
Württemberg, Südbaden, Nordbaden, im Gebiet des Frankfurter  
Berbandes und dem des Rhein-Rain-Saar-Berbandes, so daß man  
einen gewissen Überblick über die Qualität der zum Start erhei-

nenden besten süddeutschen Klasse bereits gewinnen konnte. Die  
besten Leistungen dabei waren folgende: 100 Meter-Lauf: Schlich-  
ting-Bingen 10,8 Sek., 200 Meter-Lauf: Drosbach-Frankfurt  
22,6, 400 Meter-Lauf: Reumann-Rannheim 51,2, 800 Meter-  
Lau: Kern-Frankfurt 2,21, 1500 Meter-Lauf: Witt-Stuttgart  
4,23,8, 5000 Meter-Lauf: Eisbach-Kreuznach 16,74, 10 000  
Meter-Lauf: Eisbach-Kreuznach 34,29, 110 Meter-Hürdenlauf:  
Drosbach-Frankfurt 15,8, 400 Meter-Staffel: Eintracht-  
Frankfurt 44,5, Hochsprung mehr als 1,75 Meter, Weitsprung  
Grosch-Kreuznach 6,73 Meter (der deutsche Meister Horberger  
sprang beim Karlsruher-Turnfest am 9. Juli 7,45 Meter), 100 Meter  
Damen: Fr. Hagler-Saarbrücken 12,9 usw. Nach diesen Einzel-  
ergebnissen ist mit außerordentlich spannenden Kämpfen zu rech-  
nen. Die Wettkämpfe zu den Meisterschaften sind außerordentlich  
zahlreich eingelaufen.

Das Empfangslokal und Quartierbüro befindet sich im Re-  
staurant „Frühliche Pfalz“ hinter dem Hauptbahnhof Ludwigshafen,  
Weg über den Wäldchen. Dort werden alle Auskünfte erteilt  
und die Quartierzettel ausgegeben. Für den zu Ehren der aus-  
wärtigen Teilnehmer am Samstag abend stattfindenden Empfangs-  
abend mit Konzert haben sämtliche Räume des süddeutschen Restau-  
rants im Stadtpark Ludwigshafen zur Verfügung. An das  
gesamte sportliebende Publikum von Ludwigshafen und seiner näher-  
en und weiteren Umgebung ergeht hiermit herzliche Einladung zu  
den Meisterschaften. Die Eintrittspreise sind unter Berücksichtigung  
der heutigen Verhältnisse in Betracht der ganz hervorragenden  
Sportis, der gezeigt werden wird, als sehr billig zu bezeichnen.

### Große Rheinische Sportwoche 1922.

#### Ankunft der Wanderfahrer.

Die Große Rheinische Sportwoche hat am Samstag und Son-  
ntag den Höhepunkt ihrer Veranstaltungen überschritten. Bereits in  
den Frühstunden des Samstags trafen die ersten Wanderfah-  
rer am Dom in Köln ein. Unter den Angekommenen gewährte man  
Gruppen, die 200 und noch mehr Kilometer zurückgelegt hatten.  
An geschlossenen Jüngen fuhr sie nach der Stadt, wo ihnen die  
Erinnerungsmedaille, gestiftet von Kommerzienrat Sachs-Schwimfurt überreicht und die Quartiere angewiesen  
wurden. In den Vormittagsstunden des Sonntags trafen noch eilige  
laufende Wanderfahrer am Dom ein. Um 11 Uhr mußte jeder  
Fahrer, wollte er in den Besitz der Medaille kommen, das Ziel  
passiert haben. Gegen 12 Uhr hatten sich bereits 7000 in die Listen  
eingetragen. Um 9½ Uhr war im Dom eine Gedenkfeier für  
die Verstorbenen Sportkämpfer.

#### Timmen- und Schmiedforp.

Während am Samstag vormittag die Zentralvorstände der  
Sportverbände und der Verein deutscher Fahrrad-Industrieller, nach-  
dem sie von der Leitung der Sportwoche empfangen worden waren,  
ihre Sitzungen abhielten, trafen die Teilnehmer der Radfahr-  
er ihre letzten Vorbereitungen. Die Abfahrt am Kaiser-Friedrich-  
Ufer erfolgte erst nach 8 Uhr abends. Wenn wir, so bemerkt die Köln.  
Ztg., das Bestreben mancher Kölner Vereine, besondere Kamerad-  
schaft auf die Ausschmückung ihrer Gruppen zu legen, betonen, so  
darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß auch viele  
auswärtige Vereine sehr eifrig. Man sah altdeutsche Trachten,  
Bodschäfer, Hochradfahrer. Die Aufstellung geschah am Lindentor.  
In den Anlagen des Hauptstadions im Stadtwald und in den  
Sälen herrschte ein gewaltiger Andrang, aber noch größer war die  
Zahl der vielen tausend Zuschauer, die rings um den Weiser  
standen, um das Feuerwerk abzuwarten. Während draußen Konzert  
und Liedervorträge die Zuschauer erfreuten, wurden im Saal  
Weiswörter im Reigen, Rumpfen und im Raddisziplin  
ausgetragen. Das Fest der Wanderfahrer fand mit dem Abklingen  
eines Feuerwerks an den Ufern des Weisers und auf dem Weiser  
selbst einen schönen Abschluß.

Ergebnisse: Gruppe 1 Rieckstorf. 1. Abteilung: Entfer-  
nungswett von der Feststadt Köln 0 bis 50 Km.: 1. Langensieher  
R.A. 1892 9:52 Punkte, 2. Abteilung: Entfernung 51 bis 100 Km.:  
1. R.A. Plattweg Düsseldorf 1895 11:56 U. 3. Abteilung: Entfer-  
nung 100 bis 150 Km.: 1. Radpostklub VfL Ebersheim 10:14 P.  
4. Abteilung: Entfernung bis 200 Km.: 1. Velozipklub Darmstadt  
12:47 P. — Gruppe 2: Summe aller 1. Reiter Radfahrer ein  
100 10:28 P. — 3. Gruppe: Schmalder 1. Radfahrerverein  
1901 Mühlendach 8:58 P. — 4. Gruppe: 1. R.A. Wanderlust 1903  
Frankfurt a. M. 8:20 P. — 5. Gruppe (nicht Bundesvereine): 1.  
R.C. Tempo Bismarck 8:28 P.

#### Jugendwettbewerbe.

Der Jugendreigen: 1. R.A. Wanderlust 1905 Frankfurt a. M.  
6:51 Punkte. Der Jugendreigen: 1. Velozipklub Darmstadt e. V.  
8:16 Punkte. Jugendradballspiele 14—16 Jahre: R.A. Ueber Berg  
und Laif Siegen gegen R.C. Alsdorf 1905 5:2. 16—18 Jahre:  
R.A. Plattweg Düsseldorf gegen R.A. Wanderlust Frankfurt 10:3.  
Radballspiele: Endkampf: Gladbach I—Reinert II 3:2. Schneid I  
gegen Gladbach I 6:2. 1. Preis Schneid I Köln.

#### 100-Kilometer-Mannschaftsfahren.

Zu diesem Rennen stellten sich am Sonntagmittag von 50 ge-  
meldeiten Mannschaften 38 dem Start. Das Fehlen von 12 Mann-  
schaften war wohl in der Hauptsache auf die schlechte Witterung  
zurückzuführen, denn während der ganzen Fahrt regnete es in  
Strömen, und die Fahrer kamen bis zur Unkenntlichkeit beschmutzt  
an Ziel, Sportplatz an der Brühler Straße, an. Die Mannschaft  
der Schweinfurter, die den Preis zu verteidigen hatte, erlitt  
durch das Ausschleiden von Sachs kurz hinter dem Start, in Groß-  
kölnsdorf, einen argen Verlust, konnte aber trotzdem den Sieg  
mit kleinen Ersparnissen erringen. Ergebnis: Sieger 1. R.A.  
Schweinfurt 1899 3:16:28,2, 2. R.A. Germania Frankfurt  
3:17:55,1, 3. R.A. Schwabe 09 Krefeld 3:23:44,4, 4. R.A. Schwabe  
1892 R. Gladbach 3:24:40,5, 5. R.A. Staubmoße Köln I 3:26:53,2,  
6. R.A. Sport Bergedorf 3:27:14,1, 7. R.C. Düssel Rippes I,  
8. R.C. 1909 Kaden I, 9. R.C. Kontordia Erfurt, 10. R.C. Düssel-  
dorf 1890 I, 11. R.C. Fells Kaden, 12. R.C. Colonia Köln-Ehren-  
feld, 13. R.C. Diana Leipzig 1891, 14. R.C. Düsseldorf I, 15. R.C.  
Kaden 1909 II. Die Gesamtmeisterschaft des Gau 48 Rheinland  
(befreites Gebiet) errang beim Mannschaftsfahren über 100 Kilo-  
meter der als erste eingetroffene Gauverein, R.A. Schwabe  
1909 Krefeld.

#### Jugendrennen.

Die Jungmannen traten auf der Brühler Straße zum deut-  
schen Jugendpreis an. Das Rennen, das über 50 Kilometer  
auf der Strecke Köln—Döhr—Begenich—Billesheim—Brüh-  
l-Köln gefahren wurde, hatte folgendes Ergebnis: Klasse 1 (14 bis 16  
Jahre): 1. W. Weber (Wider Köln) 1:38 St. Klasse 2 (16 bis  
18 Jahre): 1. Hürtgen (Colonia Ehrenfeld) 1:32 St.

#### Zweikampf Ritt—Osmalla.

Auf der Stadtbahn in Köln kam am Freitag nachmittag  
der mit Spannung erwartete Zweikampf des Berufsfahrers Ritt  
gegen den Amateur Osmalla zum Austrag. Wie zu erwarten  
war, legte Ritt in allen drei Läufen leicht. Er war seinem  
Gegner vollkommen überlegen. Osmalla fuhr sehr nervös und  
konnte im Endspurt Ritt nie gefährlich werden. Im Zweifunden-  
mannschaftsfahren für Herrenfahrer vervollständigte das Programm.  
Sieger wurden Geyer, A. Hier (Colonia-Ehrenfeld). ar.

#### Pferdesport.

Der erfolgreichste Reiter. Nachdem die erste Hälfte der  
Saison beendet ist, steht an der Spitze der erfolgreichen Herren-  
reiter Herr v. d. Gottkemberg mit 16 Siegen bei 54 Ritten.  
Dahinter ist ihm Herr v. Pelzer mit 15 Siegen, trotzdem er nur  
47 mal in den Sattel stieg. Die Herren Staudinger mit 7, v.  
Hollenhausen und v. Wöhrer mit je 6, sowie St. Herrmann, Ritt,  
Trause, Schlotus und v. Keller sind mit je 5 Siegenritten die  
nächsten. — Bei dem Hindernisrennen hat Reitz mit 35 Siegen  
(100 Ritt) bei weitem die Führung. O. Schmidt (30 Siege, 107  
Ritt), Kleinf (27 Siege, 113 Ritt), Staudinger (21 Siege, 114  
Ritt), S. Schmidt (20 Siege, 73 Ritt) haben die folgenden Ränge  
in der Tabelle inne. — Bei den Hindernisritten ist jetzt die Reihen-  
folge wie nachfolgend: Wismar (20 Siege, 54 Ritt), A. Schuler  
15 Siege, 35 Ritt), Certeil (15 Siege, 52 Ritt), Köhne (11 Siege,  
46 Ritt), Gropas (11 Siege, 46 Ritt), Seibert (10 Siege, 31 Ritt),  
R. Zwick (10 Siege, 43 Ritt).

### Schwimmen.

\* Einen neuen Weltrekord im 500 Meter-Schwimmen hat der  
Schwabe Rene Borg über 500 Meter in Stockholm aufgestellt.  
Borg legte die Strecke in 6 Min. 50,5 Sek. zurück und überbot die  
alte Höchstleistung erheblich.

### Turnen.

\* Das erste deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest, das vom  
22. bis 25. Juli in Leipzig stattfand, wurde mit einem Festakt  
im großen Saal des Zoologischen Gartens eröffnet. Die Gäste  
des Reichsministeriums des Innern überbrachte Staatssekretär  
Schütz als Mitglied des Rates für Erziehungswesen. Als Ober-  
bürgermeister Dr. Kötter in seiner Begrüßungsansprache die Hoff-  
nung äußerte, in absehbarer Zeit bürgerliche und Arbeiterturn-  
vereine zu einem großen Turnfest vereinigt zu sehen, machte sich Wider-  
spruch bemerkbar. Die Vertreter der ausländischen Turn- u. Sport-  
vereine betonten den Gedanken der Förderung internationaler Ver-  
brüderung durch die Turn- und Sportbewegung. Mehr als 50 000  
Turner und Sportleute aus allen Teilen des Reichs waren erhei-  
chen. Das Ausland war mit mehr als 12 000 Teilnehmern ver-  
treten, namentlich aus der Schweiz und der Tschechoslowakei. Der  
erste Tag brachte in der Hauptstadt Ausschreibungs- u. Propaganda-  
läufe. Am Freitag am Sonntag, in dem über 100 000 Teilnehmer  
mit mehr als 400 Mannern und Frauen teilgenommen, beteiligten  
sich von Ausländern etwa 1000 Schweizer, 2000 Tschechen, 4000  
Dänen aus der Tschechoslowakei, 80 Belgier, 30 Franzosen, ferner  
Irländer und Norweger. Von verschiedenen Standplätzen aus be-  
wachten sich die Turner in drei großen Rängen nach dem Festplatz,  
dem Ausstellungsgelände in der Reichenheimer Straße. Kurz nach-  
dem die Ränge auf dem Gelände angekommen waren, legte ein  
schweres Gewitter ein, so daß die turnerischen und sportlichen Vor-  
führungen erheblich beeinträchtigt wurden.

### Fußball.

Die Fußballmeisterschaft der deutschen Hochschulen wurde in  
Hannover entschieden. Als Gegner standen sich die Technische Hoch-  
schule Hannover und die Universität im Endspiel gegenüber. Nach  
konkurrenz fairem Spiel siegten die Einheimischen knapp 2:1.

### Neues aus aller Welt.

Die Hungerkatastrophe und das Elend in den großen Städten der Ukraine.

Das Deutsche Rote Kreuz teilt aus einem Bericht Dr.  
Kanzens über die ukrainischen Großstädte Kiew, Charkow  
und Odessa folgendes mit: Tausende von Flüchtlingen aus der  
Hungerzone kommen in Kiew an und da die Stadt über keine Mittel  
verfügt, um ihnen beizustehen, sind sie gezwungen, jeder Hilfe  
auf dem Bahnhof zu bleiben. Jeden Tag schafft man die Leichen  
derjenigen fort, die vor Hunger gestorben sind. In Charkow, Sitz  
der ukrainischen Regierung, ist die Lage noch schlimmer. Hunderte  
von verhungerten Kindern treten auf dem Anals ohne Nahrung  
umher. Sie stürzen hin und herben auf der Straße, ohne irgend  
eine Hilfe erhalten zu haben. Gewöhnlich gibt es auf diesem Bahn-  
hof 7—800 Flüchtlinge. Die Verwaltungsbüro von Charkow sind  
gezwungen gewesen, die Hospitäler aus Mangel an Medikamenten  
und Lebensmitteln zu schließen. Die Lage in derselben von Charkow  
bis Odessa. Lastwagen, welche die Leidenen fortzuschaffen, haben  
fast eine Woche zu tun, um die Kunde durch die Stadt zu  
machen. Die Folge davon ist, daß die Leidenen oft 4 Tage auf  
den Straßen liegen bleiben, bevor sie in die Sammelgruben gewor-  
fen werden. Viele Leidenen sind, wenn man sie fortschafft, zur  
Hälfte von Ratten und von der hungrigen Bevölkerung ange-  
griffen. Der ganze Mahon zwischen Odessa und Kiew, welcher  
einer der reichsten der Ukraine war, ist vollständig unbesetzt. Alle  
Häuser sind verlassen, nachdem die Ratten das Stroh von den  
Dächern aufgefressen haben. Einige Städte haben mehr als 85  
Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Die Fälle von Menschen-  
treffer sind so häufig, daß die Vermaltung darauf verzichtet,  
die Fälle zu verfolgen. Die Hilfskommission des Deutschen Roten  
Kreuzes ist am 18. Juli in Odessa eingetroffen.

Ein Brief 100 Kronen. Der Hauptauschuh des österrei-  
chischen Nationalrates hat der Regierung eine Generalvollmachtung  
erzählt, selbständig die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Tele-  
phongebühren gewissermaßen nach dem Zwangsdruck der allge-  
meinen Kronenentwertung vorzunehmen. Im Postverkehr sollen  
die Tarife, wie man aus Wien erfährt, unverändert werden, so daß  
ein einfacher Brief in Deutschösterreich und nach Deutschland fort  
wie bisher 25 Kronen 100 Kronen, eine Postkarte 50 Kronen, ein  
Brief nach dem Auslande statt wie bisher 75 Kronen 300 Kronen  
kosten wird, mehr als das Tausendfache des Friedensstarfs. Kronen,  
unverändert werden die Telefon- und Telegrammtarife verteuert  
werden.

Die elektrische Nordfälle. Einem einschlägigen Verbrechen,  
das durch seine Begleitumstände ganz besondere Bedeutung erhält,  
ist man in der Ortschaft Doretto in der italienischen Provinz  
Reggio Emilia auf die Spur gekommen. Hier wurden der Leu-  
wiz Gambini und seine Schwiegereltern, die seit kaum einem Jahr  
die Frau seines Sohnes war, in dem Weinberg Gambinis als  
Leichen aufgefunden; sie waren offenbar die Opfer der elektrischen  
Hochspannungsleitung geworden. Anfangs glaubte man an einen  
Unfall, bald aber erwiderte man, daß es sich um einen raffinierten  
Mord handelte. Im Gras verstreut fand man einen dünnen  
Draht, der mit der Leitung in Verbindung gebracht und von dort  
aus im Abstand durch den Weinberg geführt worden war, wobei der  
Verbrecher sorgsam darauf geachtet hatte, den dünnen Draht durch  
Gras und Strauchwerk unsichtbar zu machen. Die Schwiegereltern  
war das erste Opfer. Auf ihren Todesfällen war Gambini herbei-  
gecilt und dabei auch in die elektrische Falle geraten.

## Grosser Preis von Deutschland

Internationales Straßenrennen  
über 1000 km 4 Etappen  
Köln - Aachen - Trier - Mannheim - Köln

# Sieger

## Adolf Huschke

4ter . . . . . Rich. Huschke  
5ter . . . . . Aberger  
6ter . . . . . Tischer

auf

# Continental

## Reifen

Von 17 eingetragenen Fahrern fuhr  
nicht weniger als 11 Continental. 576



# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Mein Inflation!

Wir betrachten — und diese Anschauung ist und bleibt natürlich grundsätzlich vollkommen richtig — die Vermehrung des Papiergeldumsatzes als Zeichen zunehmender Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse; oberflächliche Beurteiler sehen in ihr sogar die Ursache unserer wachsenden ökonomischen Verelendung, während sie in Wahrheit nur Folge und Ausdruck einer tiefer wurzelnden Passivität der Wirtschaft ist. Jedenfalls war bisher Eindämmung, nicht Steigerung der Inflation die Parole; die Vergrößerung der Notenumlaufmenge, die fast jeder Reichsbankausweis anzeigte, wurde mit Unbehagen und Mißbilligung, der gelegentlich etwas stärkere Rückfluß von Noten aus dem Verkehr mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen. Erst ganz neuerdings haben etliche Wirtschaftspolitiker entdeckt, daß wir eigentlich nicht zu viel, sondern zu wenig Inflation haben, daß nicht Ueberfluß an Geldzeichen herrscht, sondern einschneidender Mangel. Diese Entdeckung erscheint absurd, wenn man nur die riesenhaften absoluten Ziffern des Papiergeldumsatzes und seiner Zunahme ins Auge faßt; sie wird verständlich und man beginnt sie wirtschaftspolitisch ernst zu nehmen, wenn man Maß und Tempo der Preisentwicklung mit der Schnelligkeit und dem Umfange des Wachstums der Geldzeichenmengen in Zusammenhang bringt.

Die Steigerung der Inflation ist bisher in der Hauptsache durch das staatliche Geldbedürfnis bestimmt worden. Die Reichsbank gibt ihre Noten einmal auf der Grundlage von Darlehenskassenscheinen aus, die ja seit Kriegsbeginn ebenso als „Notendeckung“ angesehen werden wie Edelmetall, außerdem, und in der Hauptsache, auf der Grundlage von Wechseln. Vor dem Kriege waren diese Wechsel ausschließlich oder so gut wie ausschließlich erstklassige private Handelswechsel; im Kriege und nachher waren sie zum weitaus überwiegenden Teile Schatzwechsel des Reichs. Der Handelswechsel verschwand mit der Aenderung der Zahlungsmethoden, die eine Begleiterscheinung der Kriegswirtschaft war, aus den Portefolios der Privatbanken und aus den Beständen des Zentralnoteninstituts. Die Reichsbank gab im großen und ganzen umso mehr Noten aus, je mehr Schatzwechsel sie von der Reichsfinanzverwaltung erhielt und je weniger es ihr gelang, diese Schatzanweisungen bei den Banken und auf dem Geld- und Kapitalmarkt unterzubringen. Es gab im vorigen Jahre bekanntlich eine Periode, in der der Absatz der Schatzanweisungen sehr flott war; in dieser Zeit, in der auch Valuta und Preise leidlich stabil blieben, nahm die Inflation verhältnismäßig wenig zu, obwohl das Defizit des Reichsbudgets gerade damals noch sehr beträchtlich war. Die Zahlung der ersten Goldmilliarde an die Entente zerstörte dann dieses scheinbare Gleichgewicht; die Mark ging ununterbrochen und in schnellem Tempo zurück; der eine zeitlang unterbrochene Prozeß der inneren Teuerung setzte, verschärft und beschleunigt, von neuem ein, der Betriebskapitalbedarf der Produktion und des Handels nahm sprunghaft zu und die ersten leisen Anzeichen beginnender Kreditanspannung wurden sichtbar. Aber dieser allmählich wachsende privatwirtschaftliche Kreditbedarf übte fürs erste noch keinen unmittelbaren Einfluß auf die Vermehrung der Umlaufmittel. Er wirkte nur indirekt; die Reichsbank fand es alsbald schwierig, die Schatzwechsel, die sie dem Reichsfinanzminister abnehmen mußte, im Markte weiter zu begeben. Die Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit der Banken und des „Publikums“ für die Kreditpapiere des Reichs verminderte sich und die Reichsbank mußte schließlich die neu emittierten Schatzanweisungen in der Hauptsache in ihren eigenen Tresors behalten und der Reichskasse den Gegenwert in frisch gedruckten Banknoten zur Verfügung stellen. Die Zunahme der schwebenden Schuld kam jetzt also in der Vergrößerung des Notenumlaufs voll zum Ausdruck. Aber während die Steigerung der Preise nach einer kurzen Atempause im Frühjahr und im Sommer 1922 ein bisher völlig unbekanntes „österreichisches“ Tempo annahm, gelang es in der gleichen Zeit, durch die Finanzreformen des Winters, vor allem durch die Einschränkung der Brotzuschüsse und die rückstufte Erhöhung der Tarife der öffentlichen Verkehrsbetriebe, eine erheblich langsamere Zunahme der schwebenden Schuld zu erreichen. So entstand ein Umfange und im Zeitmaße der Warenpreiserhöhung auf der einen, der Vergrößerung der Geldumsatzmenge auf der anderen Seite ein starker Unterschied; und von dieser Seite aus betrachtet, trifft es in der Tat zu, daß wir heute verhältnismäßig — im Verhältnis zu den Summen, die Produktion und Umsatz gleicher oder nur wenig vermindert Warenmengen erfordern — zu wenig Geldzeichen, zu wenig Papiergeld besitzen. Die Kapitalknappheit ist natürlich nicht die Folge dieses Geldzeichenmangels, sondern sie geht unmittelbar auf die rapide Geldentwertung zurück. Aber der Rahmen des Kredits könnte erweitert werden, wenn von der Reichsbank in größerem Umfange als bisher unmittelbar für den privaten Bedarf Geldzeichen neu geschaffen würden.

Und der Rahmen des Kredits muß erweitert werden. Denn die Kreditbeschränkung, die heute von den Banken — notgedrungen — geübt wird, führt schließlich unweigerlich zu einschneidenden Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen, also zu einer empfindlichen Schmälerung der Produktion, der Arbeitsmöglichkeit, des Erwerbs. Diese Wirkung wäre schließlich noch schlimmer als weitere inflatorische Preissteigerung. Solange von außen, von der Seite der Zahlungsbilanz her, die fortgesetzte Entwertung des deutschen Geldes erzwungen wird, muß für eine entsprechende Geldvermehrung und Kreditausdehnung gesorgt werden, damit Gütererzeugung und Güterumsatz nicht allmählich zum Stillstand kommen. Wenn die Vermehrung der schwebenden Schuld die Inflation nicht in dem Maße vergrößert, das der Teuerung einigermaßen entspricht — was ja an sich durchaus erreichbar ist —, so muß die unvermeidliche neue Geldschöpfung auf der Grundlage des Privatbedarfs selbst vorgenommen werden; sei es durch vermehrte Etreichung von Privatwechseln und Akzepten bei der Reichsbank, sei es durch Abstoßung von Schatzwechseln, die den Banken die Möglichkeit gibt, ihrer Privatbankwirtschaft mehr Kredit zu gewähren.

Die großen schwedischen Aktiengesellschaften in den letzten drei Jahren. „Nya Dagligt Allehanda“, Stockholm, schreibt: „Die von dem gewaltigen Preissturz und der mächtigen Steigerung des Geldwertes begleitete Krise hat höchst bedeutungsvolle Umwälzungen in unserem gesamten Geschäftsleben im Gefolge, die unseres Erachtens in der Allgemeinheit viel zu wenig Würdigung finden. Die Deflation hat die Bedeutung der Geldmittel und damit die Einflußkraft unserer Banken mächtig gehoben. Mit eisernem Griff — wie noch nie vorher — umklammert das Bankwesen unser Wirtschaftsleben; das Rentenkapital herrscht fast allmächtig über das Produktions- und Handelskapital — eine an sich gewiß tief beklagenswerte Tatsache, die dadurch, daß auch die Banken schwere Verluste erlitten und noch erliden, nicht tröstlicher wird. Es ist kein Glück, wenn die Interessen des Bankkapitals das Erwerbseben eines Volkes, seine gesamten Produktionskräfte bestimmen sollen. Die Statistik zeigt, daß die schwedischen Aktieninhaber im letzten Jahr ungeheure Verluste erlitten haben. Die Dividendenverteilung ist darauf ge-

## Dollarkurs 505 Mark.

sunken, daß von 1000 Aktionären nur 46 (gegen 80 im Vorjahre) Dividenden erhielten. Der Gesamtverteilungsbetrag ist von 200 Mill. Kr. auf 97 zurückgegangen. Am Besten standen sich noch die Bankaktionäre. Dabei sind die Schulden allenthalben bedeutend angewachsen. Die Notwendigkeit, wenigstens einen Teil der unrentablen Betriebe in Gang zu halten, die Unmöglichkeit, die Produkte mit Gewinn zu verkaufen oder sie überhaupt loszuwerden, die Unfähigkeit, die Zinsen der alten Schulden zu decken — all das hat unsere Schuldenlage wesentlich verschlechtert. Die Absatzsichten sind gering, die Preise bis auf die Hälfte gesunken, der Geldwert aufs Doppelte gestiegen. Die nächste Zukunft zeigt uns nicht viel anderes als neue Schulden — und damit eine weitere Steigerung der Macht unserer Banken über Industrie und Handel.“

Die Vermögensaufstellung der Effektenkurse für die Zwangsanleihe. Die Bewertung der Wertpapiere für die Feststellung des Vermögens zwecks Veranlagung zur Zwangsanleihe erfolgt so, daß die Wertpapiere mit der durch drei geteilten Summe der Kurse am Ende der ersten Hälfte der vorausgegangenen drei letzten Jahre bewertet werden, also mit dem Durchschnitt der Kurse vom 30. Juli 1920 bis 1922. Es wird noch ein amtlicher Steuerkurszettel vom Reichsfinanzministerium herausgegeben werden, der in etwa einem bis eineinhalb Monaten veröffentlicht wird.

Erhöhung der Bankzinsen. Die dem Bankierverein Deutschlands angehörenden Banken haben beschlossen, die Debitzinsen vom 1. Juli d. J. einseitig in der Weise zu berechnen, daß sie nicht weniger als 2% des Reichsbanksatzes und mindestens 7% betragen. Bisher wurden in der Regel 2% über den Reichsbanksatz berechnet. Dazu treten die verschiedenen Provisionen, von denen die Debit-Saldo-Provision ab 1. Juli eine Erhöhung erfahren hat.

Sarotti-Gesellschaft. Die Verwaltung glaubt, daß die beiden Fabriken im Winter wieder in vollem Betrieb aufgenommen werden können. Inzwischen sind bereits einzelne Teile der Fabrikation in den Neubauten in Betrieb genommen worden.

Usancen für den Handel in amtlich nicht notierten Werten. Die Ständige Kommission für Angelegenheiten des Handels in amtlich nicht notierten Werten beim Centralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes hat in ihrer Sitzung vom 4. Juli beschlossen: a) die Geltungsdauer des § 14 Abs. 2 der Usancen betr. Lieferbarkeit von Kassensquittungen wird über den 1. August d. J. hinaus bis zum 1. November 1922 verlängert; b) dem § 5 Abs. 3 der Usancen wird folgender Satz hinzugefügt: „Beim Handel in Aktien, an denen Bezugsrechte haften, liegt dem Verkäufer eine Verantwortung für die Verwertung der anhaftenden Bezugsrechte nur ob, insoweit er vom Käufer ausdrücklich hierzu beauftragt ist.“

Die Ausdehnung der britischen Kohlenausfuhr nach Deutschland. Der bemerkenswerteste Zug des Kohlenausfuhr-Berichts für das Ver. Königreich ist, wie der „Economist“ schreibt, die phänomenale Ausdehnung der nach Deutschland und Holland eingeführten Mengen. Betrag im letzten Jahr noch die Ausfuhr nach Holland 1,78 Mill. t und nach Deutschland 817 877 t, so erreichte die Ausfuhr nach Deutschland im letzten Monat nicht weniger als 889 044 t und nach Holland 568 081 t. Es sei besonders bemerkenswert, daß eine so große Menge trotz der im Juni vorherrschenden unstablen Verhältnisse am Valutenmarkt nach Deutschland eingeführt wurde. Anzeichen für eine im Juli noch mehr gesteigerte Ausfuhr nach Deutschland seien vorhanden.

Internationale Schlafwagen-Gesellschaft, Brüssel. Das deutsch-belgische Schiedsgericht hat sich dahin ausgesprochen, daß der deutsche Staat der Gesellschaft außer den bereits zurückerstatteten 32 Schlafwagen weitere 3 Schlaf- und 25 Speisewagen nebst Inventar zu liefern hat.

Rudolf Noellenburg †. Am 23. Juli 1922 verschied auf seiner Besitzung zu Gelto w. a. d. H. Herr Rudolf Noellenburg, der Begründer und frühere Generaldirektor der Deutschen Erdöl-A.-G., eine der führenden Persönlichkeiten der deutschen Industrie, der sich um die Begründung und den Ausbau der deutschen Mineralöl-Industrie große Verdienste erworben hat.

## Börsenberichte.

### Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 25. Juli. Die Tendenz war ziemlich unverändert. Chemische Werte etwas höher. Westergeln 1525 G. und Anilin 820 bez. Geschäft war noch in Benz zu 51096, Gebr. Fahr-Aktien zu 575% und Zuckerfabrik Waghäusel zu 710%. Ferner in Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 2150 Mark pro Stück.

## Devisenmarkt

Mannheim, 25. Juli. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platz: Newyork 505—509, Holland 19 600—19 800, London 2250—2265, Schweiz 9600—9700, Paris 4250—4300.

Newyork, 25. Juli. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,20 (0,20) cents, was einem Dollarkurs von 500 M. (500 M.) entspricht.

## Umrechnungskurse

für die Berechnung der Ausfuhrabgabe nach dem Stande vom 24. Juli 1922 gültig für die Zeit vom 25. Juli bis 1. August 1922.

Holland	15800	Italien	1900	Budapest	26
Buenos Aires F.	150	Belgien	1800	Belgien	270
Buenos Aires G.	150	Amerika	1800	Rumänien	450
Belgien	3300	Paris	410	Jugoslawien	250
Norwegen	6900	Schwiz	7600	(für 100 Dinar)	
Dänemark	8700	Spanien	6300	Luxemburg	3300
Schweden	10500	Neu-Wien	130	Yokohama	200
Finnland	830	Prag	870	Rio de Janeiro	55

Über London ermittelte Kurse.

Athen	1900	Alexandria	1700
Lissabon	2500	Valparaiso	4800

Wien	21	25	Paris (in Kronen)	3032	2992
Amsterdam	12675	12203	Zürich	6983	6281
Berlin	7195	6635	Marknoten	7205	6635
Kopenhagen	7227	7017	Lira-Noten	1648	1423
London	1691	1477			

Zürich	24	25	(in Franken)		
Berlin	1.00	1.05	Italien	24.25	24.32
Wien	0.01	0.01	Grüßen	41.00	42
Prag	11.25	11.50	Kopenhagen	112.50	113
Holland	202.75	204.80	Stockholm	135.50	136.50
New York	5.23	5.25	Christiansia	89.25	89.25
London	22.32	22.44	Madrid	81.25	81.55
Paris	43.75	44.34	Buenos Aires	188	189.50

Amsterdam	24	25	(in Gulden)		
Westfal a. London	11.48	11.48	Westfal a. Stockholm	67	67
Berlin	0.51	0.51	Christiansia	42.25	42.50
Paris	21.50	21.72	New York	2.87	2.87
Schwiz	48	48.95	Brüssel	30.57	30.52
Wien	0.06	0.09	Madrid	40.05	40.02
Kopenhagen	55.30	55.40	Italien	12.03	11.80

Stockholm	24	25	(in Kronen)		
Stettin a. Berlin	6.79	6.79	Stettin a. London	17.38	17.14
Amsterdam	126.10	126.75	Paris	32.83	32.83
Schwiz	74	74.40	Brüssel	31	31
Washington	2.85	2.83	Helsingfors	6.05	6.05

New York, 25. Juli (WB) Devisen			Spanien	15.80	15.80
24. 25.	24. 25.		Italien	4.57	4.57
Frankreich	8.45	8.30	Schwiz	19.07	19
Belgien	7.88	7.88	England	4.46	4.45
			Deutschland	0.20	0.20

## Waren und Märkte.

### Vom Chemikalienmarkt.

m. Mannheim, 25. Juli. Bei zuwartender Haltung der Verkäufer verkehrte der Markt in fester Haltung, zumal die Nachfrage seitens der Verbraucher eine rege ist. Die Umsätze sind nicht bedeutend. Man verlangt für Alaun-Ammoniumsulfat, erstklassiges Fabrikat, 950 M. Borax krist., raff. 72 M. für die 100 kg ab Lager oder Nähe Mannheim. Eisenvitriol, krist., handelsübliche Ware, kostet 610 M. incl. Sackpackung. Harz amerik. F. 14% Taravergütung incl. Verpackung zu 3550 M. die 100 kg ab Nähe Mannheim erhältlich. Leinölfirniss Ia. wird incl. Holzbarrels zu 11 450 M. Pottasche 95—96%, incl. Original-Faßpackung zu 3250 M. Rotkali (Kal. ferri cyanat. rubr. cryst.) incl. Verpackung zu 69 000 M. Terpentinol, deutsch, gar. rein, prima Ware, excl. Leiheseifaß zu 14 500 M. Wasserglas, filtriert, 38—40 Gr. Be. excl. Leiheseifaß zu 43 000 M. Natronsalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, excl. Großfaß zu 2450 M. und Formalddehyd, 30% Gew., excl. Korbflasche zu 7200 M. die 100 kg alles ab Lager oder Nähe Mannheim offeriert.

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat August 20,70 (20,85) arg. Pes., für September 20,65 (20,75) arg. Pes.; Rosario für August 20,55 (20,65) arg. Pes.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland (garantiert reines rohes Oel per 100 kg incl. Holzfaß, Originalnara, Abgangsgewicht, fob oder bahrfrei) August 50,25 (49) fl., September 48,75 (48,25) fl., September/Dezember 47 (46,75) fl.; Preis ab Niederrhein infolge starker Kursschwankungen nicht fixierbar.

Neue Dachpappenpreise. Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat die folgenden neuen Richtpreise für Dachpappe festgesetzt: Für Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 37 M., mit 100er 31 M., mit 150er 22 M. und mit 200er Rohpappeneinlage 18 M. für den Quadratmeter bei waggoneisen Bezug auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen gleiche Barzahlung ohne Abzug. Außerdem wurden für Isolierpappe die nachstehenden Richtpreise beschlossen: Für Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage 45,50 Mark, mit 100er 41,50 M. und mit 125er Rohpappeneinlage 37,50 M. für den Quadratmeter.

Zur Lage am Holzmarkt. Die Hausse am Holzmarkt macht weitere Fortschritte. Ist die Materialknappheit so groß, wie man nach dem Verhalten der Sägewerke annehmen könnte? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Sicher ist, daß der Vorrat in guten Tischlerhölzern in Bayern, Württemberg, im Rheinland und in Ostdeutschland gleich gering ist. Die Valuta verbietet den Import, sodaß der Bezug aus Amerika, Schweden und Finnland ganz unmöglich ist. Für ostdeutsche Stammware ist das Interesse sehr groß; man reißt sich geradezu darum. Pommerellen ist ausgebeutet. Das Eisenbahnzentralamt hat großen Bedarf an Schwellen, der noch ungedeckt ist. Die Preise für Schwellen steigen ununterbrochen. Am Grubenholzmarkt besteht ebenfalls Kaufdruck. Die Vorräte sind indessen so gering, daß manche Zechen um die Beschaffung in Verlegenheit geraten. Einige Abschlüsse in Stammware wurden aus Galizien gemeldet. Es ist indessen fraglich, ob die dortige Qualität ausreichen wird. Sehr gesucht und knapp sind astreine Seiten in jeder Stärke. Man zahlte bis 7000 M. frei ostdeutscher Station. Bauhölzer werden immer knapper, besonders Kantholz.

London, 25. Juli (WB) Metallmarkt. (In Lat. für d. engl. t. v. 1013 kg.)					
24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.
Kapfer Kass	67.50	68.40	Nickel	100	100
2 Monat	63.85	63.65	Zinn Kass	108	108
3 Monat	63.85	63.65	3 Monat	108.10	108.40
3 Monat	70.50	70.50	3 Monat	108.10	108.40

Liverpool, 25. Juli (WB) Baumwollmarkt. (In engl. Pfd. v. 484 g.)					
24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.
Umsatz	8000	8900	Sept.	12.82	12.38
Import	2190	1850	Oktober	15.50	12.23
Juli	13.01	12.73	November	12.29	12.12
August	12.80	12.86	Aggypten	17.70	17.43

## Amerikanischer Funkdienst.

New York, 25. Juli (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten.)					
24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.	24. 25.
Kaffee Ioka	10.10	10.25	Zuf. aus. 4000	6592	Stand w. 22
Juli	8.30	8.00	Elektrizität	14	11.55
Septemb.	8.22	8.33	Zink Ioka	31.67	32.12
Dezemb.	8.27	8.57	Zink Centrif.	2.80	2.80
März	8.29	8.58	Zink	5.72	5.72
Mai	8.31	8.59	Zinn	5.82	5.83
Sachsen Ioka	21.45	20.75	Elektro	24.50	27
August	21.17	20.75	Wollfaden	4.75	4.75
September	21.28	21.27	Schwartz w.	12.50	12.42
Oktober	21.30	21.40	Teig	7	6.81
November	21.34	21.37	Baumwollf.	10.85	10.63
			Spek. Ioka	10.85	10.53
			Spek. Ioka	10.85	10.53
			Spek. Ioka	10.85	10.53

## Schiffahrt.

Schiffsverkehr. Der Dampfer „Ryndam“ der Holland-Amerika-Linie, Rotterdam, ist am 12. Juli von Rotterdam abgegangen und am 22. Juli vormittags in Newyork angekommen. — Der Dampfer „St. Paul“ der American-Linie, Hamburg ist am 12. Juli von Newyork abgegangen und am 23. Juli vorm. in Hamburg angekommen.

## Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Registrierung vom Rhein							
Station	21.	22.	23.	24.	25.	26.	Bemerkungen
Schwarzwald	2.58	2.80	2.80	2.75	2.67	2.36	Absatz 8 Uhr
Zell	2.70	2.72	2.63	2.50	2.32	2.71	Nachst. 2 Uhr
Wexau	5.86	5.77	5.59	5.59	5.54	5.59	Nachst. 2 Uhr
Mannheim	6.22	5.97	4.81	4.79	4.72	4.86	Wasserg. 7 Uhr
Rainz							F.-S. 12 Uhr
Kaib	3.42		3.30	3.21	3.16		Vorm. 2 Uhr
Klein	2.03		3.10	3.03	2.81		Nachst. 2 Uhr

## Wasserrwärme des Rheins am 26. Juli morgens 6 Uhr

Station	21.	22.	23.	24.	25.	26.
Neckar	3.10	4.96	4.82	4.70	4.80	4.51
Neckar	1.10		0.85	0.70	0.70	

## Mannheimer Wetterbericht

vom 25. Juli morgens 7 Uhr.

Barometer: 760,2 mm. Thermometer: 11,5° C. Niedrigste Temperatur: 10,5° C. Höchste Temperatur: 16,0° C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. Windst. Still. Heiter.

Verantwortl. Redakteur: Dr. med. Richard Schneider. Druck: Richard Schneider.







